

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolfgang J. Mommsen

Die liberale Idee
in einer sich wandelnden Gesellschaft

Der deutsche Liberalismus von seinen
Anfängen bis zur Gegenwart

Guy Kirsch

Radikale Liberalität in
einer geizigen Welt

Gedanken zu einer Umorientierung

ISSN 0479-611 X

B 23/79

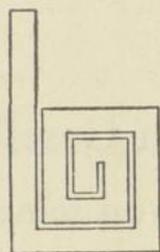
9. Juni 1979

Wolfgang J. Mommsen, Dr. phil., geb. 1930; Professor für mittlere und neuere Geschichte; Direktor des Deutschen Historischen Instituts London.

Veröffentlichungen u. a.: Max Weber und die deutsche Politik, 1974²; Ägypten und der europäische Imperialismus, 1961; Der moderne Imperialismus, 1971; Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus, 1972²; Max Weber, Gesellschaft, Politik und Geschichte, 1974.

Guy Kirsch, Dr. rer. pol., geb. 1938 in Luxemburg, Studium der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften an den Universitäten Bonn und Köln. Seit 1971 ordentl. Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg/Schweiz.

Veröffentlichungen u. a.: Machtverteilung im Unternehmen, Köln 1967; Systemanalytische Grundlagen der Forschungspolitik, Düsseldorf 1971; Ökonomische Theorie der Politik, Tübingen, Düsseldorf 1973; Die Betroffenen und die Beteiligten, München 1974. Aufsätze in Handwörterbüchern, Fachzeitschriften und Tageszeitungen.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft

Der deutsche Liberalismus von seinen Anfängen bis zur Gegenwart

I.

Der Liberalismus als eine politische Bewegung ist niemals an einem derartig eindeutigen politisch-gesellschaftlichen Programm orientiert gewesen, wie wir dies von modernen politischen Bewegungen vergleichbarer Art, insbesondere vom Sozialismus und vom Marxismus-Leninismus, kennen. Seine Konturen waren nie scharf ausgeprägt, und seine Anhängerschaft ragte einerseits weit in das Lager sozialkonservativer Gruppen der Gesellschaft hinein, andererseits berührte, ja identifizierte sie sich mit der radikalen Demokratie und zu Teilen selbst mit dem rechten Flügel der sozialistischen Arbeiterbewegung. Heute, so darf man sagen, haben alle politischen Parteien in den demokratischen Staaten der westlichen Welt soviel an traditionellem liberalen Gedankengut in sich aufgenommen, daß das Profil der Liberalen als einer selbständigen politischen Partei sich nicht mehr so eindeutig bestimmen läßt, wie dies bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein der Fall war. Gerade deshalb ist es sinnvoll, im Rückblick auf die Geschichte des Liberalismus das Wesen und den Wandel der liberalen Idee genauer zu bestimmen.

Die Geschichte des deutschen Liberalismus ist auf lange hinaus eine Geschichte der Frustration und des Scheiterns gewesen. Wie Georg Faber mit Recht festgestellt hat, hat es in Deutschland niemals eine Epoche des Liberalismus gegeben. Der „Liberalismus als regierende Partei“ blieb eine auf wenige süddeutsche Staaten beschränkte Episode, und die „liberale Ära“ von 1867 bis 1879 hat den Liberalen bestenfalls die Möglichkeit gegeben, ein Sprungbrett für eine künftige Durchdringung der deutschen Gesellschaft mit liberalen Grundsätzen zu schaffen. Doch schon mit dem Übergang zur Ära der Hochschutzzölle und der Sammlungspolitik Ende der siebziger Jahre stellten sich solchen Bemühungen nahezu unüberwindliche Hindernisse entgegen. Gleichwohl hat der Liberalismus in allen seinen Spielarten wesentliche Grundla-

gen für die Entwicklung einer industriellen Gesellschaft gelegt und zugleich in gewissem Sinne die Begründung einer deutschen Nation, als einer politischen Einheit in einem gemeinsamen Nationalstaate, zuallererst möglich gemacht.

Doch bevor wir in eine Betrachtung der so konfliktreichen und durch Hemmnisse aller Art behinderten Entfaltung des Liberalismus in Deutschland im einzelnen eingehen, sei unser Augenmerk auf die klassischen Postulate des Liberalismus gerichtet, die in freilich vielfach modifizierter Form auch heute noch den Kern liberalen Denkens bestimmen. Diese sind in ihrem Ursprung europäischer, ja universaler Natur gewesen.

Der europäische Liberalismus als eine säkulare Bewegung von weltgeschichtlicher Bedeutung konnte zurückgreifen auf die geistigen Leistungen der frühen Aufklärer, insbesondere aber der Schöpfer des modernen Naturrechts, die erstmals das Prinzip der Vorrangigkeit des Individuums vor dem Staate als eine gleichsam selbstevidente Grundtatsache formuliert hatten. In den großen „demokratischen Revolutionen“ (Palmer) jener Epoche spielte der Liberalismus die Rolle des Bannerträgers des Fortschritts, freilich nicht ohne von Anfang an der Gefahr ausgesetzt zu sein, von links her überholt zu werden. Liberalismus wurde dabei von den folgenden Grundsätzen geleitet, die, mit freilich wechselnder Akzentuierung, dem politischen Verhalten seiner Anhänger Maß und Ziel setzten:

1. Der Grundsatz der Selbstbestimmung des Individuums. Dieser Grundsatz ergab sich aus der Würde des Menschen als Person, der auf keinen Fall der Fremdbestimmung unterliegen dürfe. Er wurde zusätzlich verankert in einer Reihe von unveräußerlichen Menschenrechten, die allerdings in ihrem materialen Gehalt starkem Wandel unterworfen waren.

2. Die Beseitigung jedweder Form von Herrschaft „kraft persönlicher Willkür“; sei es, daß diese durch einen Monarchen oder eine

wie immer dazu formal befugte Oligarchie ausgeübt wurde und deren Ersetzung durch eine Form von Herrschaft, die zumindest im Prinzip dem Grundsatz Rechnung trug, daß jedenfalls die mündigen Bürger keiner Fremdbestimmung unterliegen dürften, sondern am Herrschaftsprozess einen eigenständigen, wenn auch gegebenenfalls nur mittelbaren Anteil haben sollten.

Beides, die Abschaffung jeglicher Willkürherrschaft und die Sicherstellung der Herrschaft des Rechts, sollte bewirkt werden

1. durch die Beteiligung aller mündigen Bürger an der Legislative, wenn auch nicht notwendigerweise an der Exekutive;
2. durch das Prinzip der Teilung der Gewalten; es sah die Institutionalisierung eines Mechanismus von „checks and balances“ vor, um den Druck der Staatsmacht auf die Individuen zu vermindern und zugleich um jeglichen Machtmißbrauch, insbesondere aber jeder Akkumulation von Macht in den Händen einzelner, unverantwortlicher Personen vorzubeugen;
3. durch die Sicherstellung der uneingeschränkten Geltung des Prinzips der „öffentlichen Meinung“. Dies hieß, mit anderen Worten, daß innerhalb der Gesellschaft uneingeschränkte Meinungsfreiheit bestehen müsse und dergestalt der Einwirkung der „öffentlichen Meinung“ auf die politischen Prozesse keinerlei Schranken entgegengestellt werden dürften.

Die Liberalen hofften, mit diesen verfassungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen eine politische Ordnung schaffen zu können, in der „die Herrschaft des Menschen über den Menschen“ durch „die Verwaltung von Sachen“ ersetzt würde, fraglos ein utopistisches Modell, das freilich bis in die Gegenwart unvermindert starke Aussagekraft behalten hat.

Das konstitutionelle Programm des Liberalismus sollte allerdings eine wesentliche flankierende Abstützung dadurch erfahren, daß die Staatstätigkeit auf das unbedingt notwendige Maß reduziert und die Bürger statt dessen aufgefordert wurden, soweit als irgend möglich ihre Angelegenheiten eigenständig zu regeln. Auf eine Formel gebracht, lief das gesellschaftspolitische Programm des frühen Liberalismus auf eines hinaus, nämlich die Freisetzung der Gesellschaft von bürokratischer Bevormundung bei gleichzeitiger Reduzierung der Macht der Staatsgewalt auf das jeweils denkbare Minimum. Demgemäß sollte

das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, abstrakt formuliert, grundsätzlich auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips neu geregelt werden. Dies bedeute zweierlei:

1. den unbedingten Vorrang der Selbstverwaltung vor der staatlichen Verwaltung;
2. die Regelung gemeinsamer Angelegenheiten, wo immer möglich, nicht durch den staatlichen Herrschaftsapparat, sondern durch die Selbstorganisation aller jeweils unmittelbar Betroffenen in der Form des privaten Vereins, nicht aber staatlich verordneter Institutionen.

Praktisch hieß dies, daß die Gesellschaft alles das, was sie selbst in eigener Regie zu regeln imstande sei, zu regeln habe, ohne daß der Staat dort eingreifen dürfe. Die Gemeinden sollten nur das in eigener Verantwortlichkeit regeln dürfen, was der private Verein der unmittelbar Betroffenen nicht zu regeln imstande sei; ebenso sollte der Staat nur das aufgreifen, wozu die Selbstverwaltungsorgane auf den unteren Ebenen des politischen Systems nicht imstande seien.

Dies hieß in der historischen Situation des aufsteigenden Liberalismus: Abbau von Staatsfunktionen zugunsten der Freisetzung der Eigendynamik der Gesellschaft und in letzter Instanz der Gewährleistung eines höchstmöglichen Maßes der Entfaltung freier, unbeschränkter Initiative von seiten der einzelnen Individuen oder aber auch zu diesem Zweck in Form freier Vereine oder Assoziationen zusammengeschlossener Individuen. Dabei war einerseits der Gedanke leitend, daß nur auf diese Weise das Prinzip der Freiheit des einzelnen maximale Verwirklichung finden könne; andererseits war man überzeugt, daß auf diese Weise ein Optimum des persönlichen Einsatzes aller einzelnen für das Wohl des Ganzen erreichbar sein werde.

Am bedeutsamsten freilich waren diese Postulate im Bereich des wirtschaftlichen Systems. Der Grundforderung des Liberalismus nach Selbstbestimmung des Individuums im politischen Raum, die freilich in den Rechten der anderen Individuen ihre natürliche Grenze finden sollte, entsprach das Postulat, dem einzelnen auch im wirtschaftlichen Raum, oder — mit Hegel gesprochen — im „System der Bedürfnisse“, ein Höchstmaß von freier Betätigung zuzugestehen. Dann, so glaubte man, werde der einzelne imstande sein, seine Fähigkeit zu optimaler Entfaltung zu bringen. Diese im Kern idealistische For-

derung verband sich mit dem utilitaristischen Argument, daß nur auf diese Weise die Vorzüge der Arbeitsteilung und des freien, uneingeschränkten Austausches wirtschaftlicher Güter zu voller Entfaltung kommen könnten.

Dieses konsequent individualistische Staats- und Gesellschaftsmodell war eingebettet in eine universale Sozialphilosophie von beachtlicher Geschlossenheit. Die Liberalen glaubten, daß die Herauslösung des Menschen aus überkommenen Abhängigkeiten, gleichviel ob politischer, religiöser oder wirtschaftlicher Natur, eine neue Ära ungeahnten gesellschaftlichen Fortschritts mit sich bringen werde. Die Liberalen stützten sich dabei auf die harmonistische Lehre der frühen klassischen Nationalökonomie, die davon ausging, daß sich bei freiem Spiel der Kräfte im Markt ein Maximum an Produktivität und ein Optimum an Wohlstand und Glück für alle daran beteiligten Wirtschaftssubjekte gleichsam von selbst einstellen werde. Dank der umfassenden Anwendung des Prinzips der Arbeitsteilung und der zunehmend gesteigerten Ausschöpfung der individuellen Fähigkeiten aller am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben beteiligten Individuen werde gleichsam ein Prozeß des Fortschritts institutionalisiert, an dessen Ende die Entstehung einer klassenlosen Bürgergesellschaft allgemeinen Wohlstands stehen werde.

II.

Die Liberalen verschlossen zwar keineswegs die Augen vor den schwerwiegenden Problemen der Notlage der sozialen Unterschichten, wie sie sich insbesondere in den Frühphasen der industriellen Entwicklung in drastischer Form einstellte. Doch bezweifelten sie, daß es einen besseren Weg geben könne, diesen zu helfen, als durch die Entwicklung einer dynamischen Tauschgesellschaft kapitalistischen Zuschnitts, in der dem einzelnen zugleich die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs kraft persönlicher Bildung eröffnet würde. An die Stelle der augenscheinlich unrealisierbaren Forderung der *Gleichheit aller* setzte der Liberalismus die Forderung nach *Gleichheit der Chancen für alle* innerhalb eines gesellschaftlichen Systems, das, nach dem Abbau aller überkommenen Privilegien und monopolistischen Strukturen, jedenfalls im Prinzip allen seinen Mitgliedern gleiche Startbedingungen gewähre.

Ergänzt wurde diese zumindest anfänglich problematische Position durch die Theorie der „Selbsthilfe“, d. h. der intensiven Bemühungen des einzelnen, durch den Erwerb von Bildung und durch unermüdlichen Arbeitseinsatz sozial aufzusteigen. Das leitende gesellschaftliche Ideal des frühen Liberalismus war nicht die Herausbildung einer neuen, auf das Leistungsprinzip gestützten, hierarchischen Gesellschaft, sondern die Ausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft wesentlich Gleicher, unter allmählicher Aufsaugung auch der Unterschichten — so utopisch dies im frühen 19. Jahrhundert auch aussehen mochte.

Es ist ein billiges Unterfangen, dieses große, mit humanitären Idealen verwobene Zukunftsprogramm des klassischen Liberalismus aus heutiger Sicht ideologiekritisch zu „entlarven“. Es besaß im Prinzip große Wucht und Geschlossenheit und hat auf die breiten Schichten der Gesellschaft, insbesondere auf alle jene, die aus den traditionellen Bahnen der überkommenen gesellschaftlichen Ordnung herausstrebten, eine außerordentliche Anziehungskraft ausgeübt. In der historischen Situation des frühen 19. Jahrhunderts hat die liberale Sozialphilosophie wesentlich dazu beigetragen, die erstarrte Sozialordnung des *Ancien régime* zu sprengen und der ungeahnten gesellschaftlichen Dynamik des anlaufenden industriellen Systems den Weg freizumachen.

Freilich war dem Liberalismus schon in seinen Anfängen eine schwere Hypothek beigegeben, nämlich die Unmöglichkeit, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts explosionsartig wachsenden Unterschichten ohne soziale Konflikte schwersten Ausmaßes in die neue liberale Ordnung zu integrieren. Demgemäß wurden große Teile des liberalen Bürgertums von Furcht vor revolutionären Entwicklungen erfaßt; sie waren wenig geneigt, einer Politik der konsequenten Emanzipation der Unterschichten das Wort zu reden. Ebenso reserviert standen sie dem Gedanken umfassender sozialer Reformen gegenüber. Wenn man das tatsächliche Ausmaß der sozialen Not breiter Unterschichten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor Augen hat, wird man gleichwohl nicht ohne weiteres davon sprechen können, daß der klassische Liberalismus gegenüber der sozialen Frage versagt habe, wie dies gemeinhin geschieht. Denn glatte Lösungen waren nicht zur Hand, und die eben anlaufende Industrialisierung hätte unter keinen Umständen jene Ressourcen bereitstellen können, die

erforderlich gewesen wären, um die Massenarmut der Zeit vor 1848 zu beseitigen. Hilfe war in der Tat nur von einer Modernisierung des ökonomischen Systems zu erwarten. Langfristig gesehen, war dieser Weg durchaus angemessen.

Wenn auch nicht ohne schwerste soziale Konflikte, so ist die Integration der großen Mehrheit der Unterschichten in das sich langsam herausbildende bürgerlich-liberale gesellschaftliche System schließlich doch gelungen. Im Grundsatz kann man demnach schwerlich bestreiten, daß der Liberalismus als eine politisch-gesellschaftliche Bewegung von säkularem Zuschnitt die moderne Gesellschaft, in der wir heute leben, erst möglich gemacht hat. Er ist in der Tat Bahnbrecher der Freiheit in einem sehr konkreten Sinne gewesen und zugleich Wegbereiter der modernen industriellen Gesellschaft.

III.

Es läßt sich jedoch nicht übersehen, daß sich die liberalen Prinzipien, insbesondere in der deutschen Staatenwelt des 19. Jahrhunderts, nur in höchst gebrochener Form verwirklicht haben und demgemäß die überkommenen politischen und gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland zunächst nur in sehr begrenztem Umfang liberalisiert worden sind. Dies ist vor allem auf die spezifische Rückständigkeit des deutschen Liberalismus — verglichen mit seinen westeuropäischen und südeuropäischen Partnern — zurückzuführen. Gerade die Theorie des frühen deutschen Liberalismus war durchsetzt mit sozialkonservativen Elementen, die sich namentlich in Westeuropa in diesem Umfang längst aufgelöst hatten. Die Liberalen forderten zwar eine gründliche Liberalisierung der deutschen Staatenwelt und deren Zusammenfassung in einem starken Nationalstaat liberalen Zuschnitts, doch wollten sie dies im Bunde und nicht gegen die bestehenden staatlichen Gewalten erreichen. Die Revolution von 1848, die vom Standpunkt der Liberalen eine ungewollte Revolution gewesen ist, scheiterte im Grunde bereits im Ansatz, weil der deutsche konstitutionelle Liberalismus — die dominierende Strömung innerhalb des Gesamtliberalismus — von vornherein auf das Prinzip der „Vereinbarung“ mit den herrschenden Gewalten festgelegt war und das radikaldemokratische Prinzip der Volkssouveränität perhorreszierte.

Gleichwohl bedeutete die Niederlage von 1849 einen schweren Schock für den deutschen Liberalismus, von dem dieser sich nie wieder ganz erholen sollte. In der Reichsgründungsphase sah sich der Liberalismus, der sich zeitweilig selbstbewußt Bismarck in den Weg gestellt hatte, schließlich von diesem ausmanövriert und durch eine „Revolution von oben“ zu einer partiellen Kapitulation gezwungen. Auch während der eigentlichen Ära des Liberalismus in Deutschland von 1867 bis 1879 erzielte der Liberalismus Erfolge nahezu ausschließlich nur im Vorfeld der Macht, insbesondere im ökonomischen System und auf den unteren Ebenen der Gesellschaft: Vor allem in den Städten und Gemeinden gelang es dem Liberalismus, seine gesellschaftlichen und ökonomischen Prinzipien nahezu uneingeschränkt zu verwirklichen, nicht dagegen auf dem Lande und schon gar nicht auf den Ebenen der Staatsverwaltung und des Regierungssystems.

Langfristig gesehen, ist freilich viel entscheidender gewesen, daß der Liberalismus in seinen verschiedenen Richtungen auf die großen politischen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen, die sich seit den siebziger Jahren teils als Folge der wachsenden politischen Mobilisierung der breiten Massen, teils als Auswirkung der nunmehr mit großer Beschleunigung voranschreitenden Industrialisierung einstellten, keine klaren Antworten zu geben wußte. Sein gesellschaftspolitisches Modell war im wesentlichen zu einer Zeit formuliert worden, als die informelle Vorherrschaft der Honoratioren-Eliten in der Gesellschaft noch ungebrochen und unbestritten schien; es hatte sich auf wirtschaftlichem Gebiete im wesentlichen an den Verhältnissen und Bedürfnissen des anlaufenden Frühkapitalismus orientiert, ohne die langfristigen Auswirkungen des industriellen Systems selbst zureichend zu reflektieren. Es kam hinzu, daß die politischen Gegner des Liberalismus, in erster Linie Bismarck selber, es verstanden, wesentliche Teile des ökonomischen und gesellschaftlichen Programms des Liberalismus gleichsam an diesem vorbei zu verwirklichen und ihn dergestalt der Früchte der eigenen Aktivität zu berauben.

Bisher hat man die geringe Durchschlagskraft der liberalen Bewegung in Deutschland überwiegend auf immanente Faktoren zurückgeführt. Es habe den Liberalen am Willen und an der Bereitschaft gefehlt, konsequent für die eigenen Ideale einzutreten, auch wenn dies

auf kurze Frist die materiellen Interessen einzelner Gruppen des Bürgertums geschädigt hätte. Die Liberalen seien gar nicht willens gewesen, eine durchgreifende Demokratisierung der deutschen Gesellschaft zu erstreben, weil sie ihre eigenen Interessen im Schoße des autokratischen Systems besser aufgehoben wußten. Zugleich wird auf die Hilflosigkeit der liberalen Parteien gegenüber den aufbrechenden sozialen Fragen verwiesen; sie hätten nicht viel mehr als das Prinzip der „Selbsthilfe“ und des genossenschaftlichen Zusammenschlusses gemäß der Lehre Schulze-Delitzschs anzubieten gehabt und im Grunde die Arbeiterschaft von vornherein abgeschrieben.

In der Tat hat es der deutsche Liberalismus in allen seinen Richtungen lange versäumt, sich rechtzeitig von den starren manchesterlichen Prinzipien freizumachen, wie sie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertreten wurden und im Grunde damals den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen auch angemessen gewesen waren.

Die Versäumnisse und einseitig interessentopolitischen Verhaltensmuster des deutschen Liberalismus sind vor allem auf den Umstand zurückzuführen, daß die obrigkeitliche Struktur des deutschen politischen Systems während des gesamten 19. Jahrhunderts nicht durchbrochen wurde. Den liberalen Mittelparteien blieb bis zum Ende des Kaiserreiches, oder doch zumindest bis 1917, jegliche wirkliche Verantwortung für die allgemeine Politik vorenthalten und demgemäß wurden sie nicht gezwungen, in allen diesen Grundfragen liberaler Strategie definitive Entscheidungen zu fällen. Wenn die Bemühungen, eine Liberalisierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit durchzusetzen, demgemäß bereits seit dem Ende der siebziger Jahre steckenblieben und statt dessen streckenweise gar eine Politik sozialkonservativer Defensive an die Stelle eines offensiven Liberalismus trat, ist dies vielmehr auf weit grundsätzlichere Faktoren zurückzuführen, als nur auf die angebliche oder wirklich mangelnde Entschlossenheit der Liberalen, sich gegenüber ihren Gegenspielern, insbesondere Bismarck, energisch durchzusetzen und es notfalls auf einen Konflikt, ja auf eine revolutionäre Auseinandersetzung ankommen zu lassen. Vielmehr wurden im Zuge der zumindest partiellen Verwirklichung des liberalen Gesellschaftsmodells gesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt, die von der liberalen Bewe-

gung selbst nicht vorausgesehen worden waren und deren Auswirkungen die Prämissen der liberalen Theorie partiell erschütterten.

Das Gesellschaftsmodell des älteren Liberalismus, das in seinem Kern harmonistisch und optimistisch gestimmt war, schloß die Erwartung ein, daß — jedenfalls auf lange Sicht — der Wohlstand der Gesamtgesellschaft, nicht nur der bürgerlichen Schichten im engeren Sinne, ins Unermeßliche gesteigert werden könne und daß damit zugleich eine friedliche Staatengesellschaft entstehen werde, in welcher Kriege und stehende Heere allmählich abgeschafft und durch das Prinzip friedlicher Konkurrenz auf dem internationalen Markte ersetzt würden. Vor allem aber ging er davon aus, daß sich der Mittelstand nach und nach über die ganze Breite der Gesellschaft ausdehnen werde, unter allmählicher Angleichung ihres sozialen Status an den einstweilen noch nicht ernsthaft bestrittenen Vorrangstatus der überkommenen aristokratischen Eliten, und daß dieser darüber hinaus auch große Teile der Unterschichten in sich aufnehmen werde, zumindest jene tüchtigen, sich kraft Bildung und Selbsthilfe voranbringenden Individuen.

Insofern war der Liberalismus immer schon — und auch im Vormärz — *auch* eine Klassenbewegung, jedoch nicht im spezifisch marxistischen Sinne. Er zog alle jene Gruppen an, die von einer — wenngleich maßvollen — Dynamisierung der Gesellschaft eine Verbesserung ihrer sozialen Lage zu erwarten hatten, wenn auch mit sehr verschiedenen sozialen Interessen und Positionen. Die liberale Bewegung wurde von Anfang an von einem sehr heterogenen Kontinuum von Angehörigen der mittleren Schichten getragen; im Grunde hat sich daran von den Anfängen des Liberalismus im frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart hinein nur wenig verändert. Ein Bruch in der Zusammensetzung der sozialen Trägerschicht des Liberalismus ist weder 1848 noch in den sechziger Jahren zu beobachten, sondern allenfalls, wie wir noch sehen werden — wenn auch in sehr gradueller Form —, seit dem Beginn der zweiten Welle der industriellen Revolution.

Auch wenn der Liberalismus in seiner klassischen Phase sich nur höchst unvollkommene Vorstellungen über Art und Charakter des werdenden kapitalistischen Systems gemacht hat, so hat er doch entscheidende Voraussetzungen für die Ausbildung der modernen industriellen Gesellschaft gelegt. Dabei hat er

aber zwei langfristige Entwicklungsstränge nur ganz unzureichend vorausgesehen, die sich mit seinem eigenen Gesellschaftsideal nicht ohne weiteres vereinbaren lassen:

1. Die Entstehung des modernen, bürokratischen Anstaltsstaates und
2. die sozialen Auswirkungen des hochkapitalistischen Systems, verbunden mit der Entstehung einer Vielzahl von Varianten monopolistischer Marktbeherrschung im Innern wie nach außen.

Gegenüber dem modernen, bürokratischen Anstaltsstaat, wie er sich im Zuge der Erweiterung der Staatsfunktionen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte und schrittweise in immer mehr Zonen des gesellschaftlichen Lebens eingriff, erwies sich die klassische liberale Forderung nach möglicher Einschränkung der Staatsfunktionen zugunsten der Selbstorganisation der Gesellschaft zunehmend als unangemessen. Gleiches gilt für das klassische liberale Prinzip der Gewaltenteilung. Mit der Entstehung der modernen plebiszitären Demokratie, in der massenwirksame Formen der Propaganda und der Gefolgschaftsbildung das klassische Modell des rationalen Diskurses innerhalb repräsentativer Körperschaften mehr und mehr obsolet machten, erwiesen sich die Möglichkeiten, mit Hilfe eines Systems institutioneller Aufteilung der staatlichen Gewalt auf eine Mehrzahl von Instanzen Machtmißbrauch zu verhindern, zunehmend als illusorisch. Mit einer Strategie möglicher Beschränkung der Macht des Staates, wie sie auch die englischen Liberalen — etwa Gladstone mit seiner Parole des *retrenchment* (Beschränkung der Staatsfunktionen) — lange vertreten hatten, ließ sich nunmehr wenig ausrichten.

IV.

Vor noch größere Probleme sah sich der Liberalismus angesichts der gesellschaftlichen Wirklichkeit des hochkapitalistischen Systems gestellt. Dieses war weit entfernt, das größtmögliche Glück der größten Zahl zu erzeugen, sondern ließ zumindest außerordentlich schroffe soziale Gegensätze entstehen, die zuweilen bis an den Rand von revolutionären Explosionen führten. Gleichzeitig aber entstanden im Zuge der Kapitalkonzentration und der Bildung von Riesenbetrieben und Kombinatn aller Art neue Formen von weitgehend anonymer Willkürherrschaft,

die sich zwar formal des liberalen Vertragssystems bedienten, faktisch aber ganz neue Formen von Abhängigkeit hervorbrachten. Diesem neuen Phänomen gegenüber wußte der Liberalismus zunächst keinerlei Gegenmittel. Erst allmählich setzte sich im liberalen Lager die Auffassung durch, daß man die Selbstorganisation der Arbeiterschaft in Form von Gewerkschaften fördern müsse, um diesen neuen Entwicklungen zumindest zu Teilen zu begegnen. Doch blieb die Frage, wie man mit den neuen sozialen Gegensätzen fertig werden könne, ohne zugleich den sozialen Boden unter den eigenen Füßen zu verlieren, ungelöst.

Noch ein weiteres kam hinzu, nämlich die Entstehung einer neuen Massenpresse, die nicht mehr wie bisher uneingeschränkt im Lager des Liberalismus stand, sondern, kontrolliert von marginalen Gruppen der Gesellschaft, in wesentlichen Bereichen eine dezidiert antiliberalen Politik propagierte. Die „öffentliche Meinung“ war die magische Geheimwaffe des älteren Liberalismus gewesen. Jetzt begann sie sich gegen diesen selbst zu wenden. Obwohl die Mehrzahl der großen Zeitungen im großen und ganzen weiterhin liberalen Auffassungen verhaftet blieb, konnte der Liberalismus dennoch nicht mehr darauf vertrauen, daß er, im Bunde mit der „öffentlichen Meinung“ stehend, die traditionellen Gewalten auf gewaltlosem Wege stufenweise aus ihren überkommenen Positionen werde herausdrängen können, ohne ein politisches Bündnis mit den Massen schließen oder gar das Risiko einer revolutionären Strategie gegenüber den herrschenden Mächten eingehen zu müssen.

Alle diese Entwicklungen hatten zur Folge, daß die Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit des liberalen Programms in den Augen der breiten Öffentlichkeit zunehmend nachließ. Noch schlimmer, zumindest zu Teilen degenerierte die liberale Idee zu einer Statusideologie des Großbürgertums, wie sich dies an der Politik der Nationalliberalen Partei seit 1882 ganz konkret ablesen läßt.

Die besondere Form der deutschen Industrialisierung, die bekanntlich relativ spät einsetzte, sich dann aber in einem überstürzten Akkumulationsprozeß vollzog, ist für das Einleben liberaler Werte und Ideale denkbar ungünstig. Max Weber hat darauf hingewiesen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse des frühen Kapitalismus für die Ausbildung liberaler Grundsätze in Staat und Gesellschaft

unwiederbringlich günstige Voraussetzungen geboten hätten, die nunmehr dahin seien. Es sei daher ganz falsch, vom fortschreitenden Kapitalismus automatisch auch eine Förderung liberaler Prinzipien zu erwarten. Ganz im Gegenteil, es sei „höchst lächerlich, dem heutigen Hochkapitalismus, der jetzt nach Rußland importiert wird und in Amerika besteht — dieser Unvermeidlichkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung —, Wahlverwandtschaft mit ‚Demokratie‘ oder gar mit ‚Freiheit‘ in irgendeinem Wortsinne zuzuschreiben“. Die Frage müsse vielmehr lauten: „Wie sind unter seiner Herrschaft diese Dinge“, d. h. persönliche Freiheit, Menschenrechte usw., „überhaupt auf die Dauer ‚möglich‘?“

Die rapide Ausbildung einer neuen industriellen Oberschicht mit patriarchalisch-konservativer Ausrichtung, der Zerfall des alten Bürgertums in eine Vielzahl von Gruppen mit höchst unterschiedlichen ökonomischen Interessen und schließlich die allmähliche Ausgrenzung der Intelligenz aus dem bürgerlichen Lager führten zu einer tiefgreifenden Schwächung der liberalen Gesamtbewegung. Im Zuge der Verunsicherung der Mittelschichten wuchs zugleich die Neigung, sich gegenüber der aufsteigenden Sozialdemokratie mehr oder minder schroff abzugrenzen und in einer gegen diese gerichteten nationalen Sammlungspolitik zugleich ein Surrogat einer neuen liberalen Einheitsfront anzustreben.

V.

Zwar hatte sich, entgegen heute verbreiteten Modemeinungen, eine Grundannahme der Liberalen bewahrt, nämlich, daß es zu einem relativen Wachstum der mittleren Schichten in der Gesellschaft kommen werde. Jedoch gelang es dem Liberalismus damals nicht, diese neuen Gruppen des Mittelstandes durchgängig auf die liberalen Ideale zu verpflichten. Diese waren zumindest zunächst geneigt, eher sozialkonservativen Parteien ihre Stimme zu geben als den von dem traditionellen Honoratioren-Bürgertum geführten liberalen Parteien. Dabei konnte sich der Beitrag des Liberalismus zur Grundlegung der modernen Industriegesellschaft, wie sie sich in Deutschland seit den achtziger Jahren sprunghaft entwickelte, sehen lassen: Die Schaffung eines einheitlichen Rechtssystems, einer modernen Verhältnissen angepaßten Wirtschaftsgesetzgebung, die Durchsetzung des Prinzips der Öffentlichkeit, der Aufbau eines fortschrittlichen Wissenschaftssystems

mit nahezu uneingeschränkter Lehr- und Forschungsfreiheit und kaum beschränkten Kommunikationsmöglichkeiten — dies alles sind Fundamente der modernen Industriegesellschaft, die als solche liberaler Politik entsprungen sind. Doch waren diese Errungenschaften schon um die Jahrhundertwende für die breitere Öffentlichkeit weitgehend zu Selbstverständlichkeiten geworden und hatten aufgehört, als spezifisch liberal zu gelten. Das klassische programmatische Kapital des Liberalismus war weitgehend aufgebraucht.

Männer wie Friedrich Naumann, Theodor Barth, Max Weber und Lujo Brentano haben sich in den Jahren nach der Jahrhundertwende um eine grundlegende „Erneuerung des Liberalismus“ bemüht, um der liberalen Bewegung wieder zu parteipolitischer Geschlossenheit und erneuerter Vitalität zu verhelfen. Sie waren bestrebt, das klassisch liberale Programm der veränderten Wirklichkeit einer zur Reife gediehenen Industriegesellschaft anzupassen und eine politische Basis für eine „Partei der bürgerlichen Freiheit“ zu schaffen, die sich nicht länger in bloß negativer Politik erschöpfe. Zugleich versuchten sie, durch die Propagierung eines liberalen Imperialismus die Flutwelle des zeitgenössischen nationalistischen Denkens wieder auf die Mühlen des Liberalismus zurückzulenken und der nationalen Idee gleichsam wieder jenen emanzipatorischen Anspruch zurückzugeben, den sie seit Guiseppe Mazzini gehabt hatte.

Das Programm der liberalen Progressiven stellte um 1900 die einzige kraftvolle Alternative zur politischen Position des Gros der liberalen Bewegung in Deutschland dar, das sich längst in einem Status-quo-Denken erschöpft hatte und überdies für Sammlungspartien konservativer Seite immer empfänglicher geworden war. Die Stärke dieses Neuansatzes lag — ungeachtet seiner Verbindung mit der imperialistischen Idee — vor allem darin, daß dieser die soziale Realität des hochkapitalistischen Systems erstmals voll ins Auge faßte und ein Bündel von Strategien zu entwickeln versuchte, um die sozialen Folgen desselben weniger drückend zu machen. Max Weber plädierte leidenschaftlich für eine liberale Politik, die nunmehr entschlossen eine Parlamentarisierung des politischen Systems durchsetzen müsse, um dergestalt die institutionellen Voraussetzungen für eine durchgreifende Erneuerung der politischen Führungsschicht im deutschen Kaiserreich und für eine effektive Kontrolle der Bü-

rokratie zu schaffen. Zugleich plädierte er für Maßnahmen, um im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich, gerade auch im Angesicht der neuentstehenden Riesenbetriebe des „organisierten Kapitalismus“, ein Höchstmaß von Dynamik und Konkurrenz auf allen Ebenen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Soweit einzelne gesellschaftliche Gruppen durch die gesellschaftliche Entwicklung der Möglichkeit beraubt worden waren, ihre Interessen innerhalb eines Systems konkurrierender Auseinandersetzungen zu wahren, sollte das gestörte Gleichgewicht mittels entsprechender staatlicher Rahmenmaßnahmen wiederhergestellt werden.

Zunehmende Erbitterung über die Unfähigkeit der regierenden Politiker veranlaßte Max Weber schließlich, seine Forderung nach gründlicher Parlamentarisierung des politischen Verfassungssystems radikal zu verschärfen und für eine neuartige Form der plebiszitären „Führerdemokratie“ einzutreten, die an die Stelle der traditionellen „führerlosen Demokratien“ der Berufspolitiker ohne Beruf zu treten habe. Damit hoffte er, auf höchster Ebene das alte liberale Ideal — daß freie, unabhängige Persönlichkeiten aus höchstpersönlicher Verantwortung heraus die Politik eines Volkes gestalten, statt sich sklavisch dem jeweiligen Trend des Tages zu unterwerfen — wieder in Kraft zu setzen.

Friedrich Naumann ging von im wesentlichen gleicher Ausgangsbasis aus einen anderen Weg. Er entwickelte das Programm einer dezidiert sozialorientierten liberalen Politik, die nicht nur die endgültige Durchsetzung des parlamentarischen Systems bringen sollte, sondern darüber hinausgehend den Übergang zur „industriellen Demokratie“, mit anderen Worten: zur Emanzipation des Individuums von anonymer Willkürherrschaft auch innerhalb des wirtschaftlichen Systems. Naumann beschrieb diese große Zukunftsaufgabe des Liberalismus in visionären Formulierungen, die einer mit darwinistischen Elementen durchsetzten Geschichtsteleologie entnommen waren, als eine „zweite Bauernbefreiung“, mit der eine neue große Ära liberaler Politik anheben werde.

Der utopistische Einschlag dieses politischen Konzepts ist unübersehbar. Naumann besaß nur sehr unklare Vorstellungen darüber, wie sich denn innerhalb des kapitalistischen Systems industrielle Demokratie werde verwirklichen lassen, ohne die Führungsposition der

Unternehmerschaft aufs äußerste zu schwächen und die Rationalisierungsmechanismen des Marktes außer Kraft zu setzen. Er plädierte für die Einführung von Betriebsparlamenten in der freilich naiven Annahme, daß die Arbeiterschaft in die Unternehmensführung selbst nicht eingreifen werde. Außerdem blieb ungeklärt, in welcher Form die Gewerkschaften und Interessenverbände — wie überhaupt die zahllosen vorparlamentarischen Organisationen innerhalb des wirtschaftlichen Systems — in eine solche industrielle Demokratie eingeordnet werden könnten. Dennoch hat Naumanns Programm eines sozialen Liberalismus auf seine Zeitgenossen und weit darüber hinaus außerordentlich große Ausstrahlung ausgeübt und wesentlich dazu beigetragen, daß sich der Liberalismus gegenüber der Arbeiterschaft öffnete und damit ein Zusammengehen des entschlossenen Liberalismus mit der Sozialdemokratie zwecks durchgreifender Reformen möglich wurde.

VI.

Freilich blieb diese Variante eines dezidiert sozial orientierten Liberalismus, die insbesondere auf die endgültige Integration der Arbeiterschichten in das bestehende System ausgerichtet war, in den zwanziger Jahren jegliche Massengefolschaft versagt; ja, selbst im linksliberalen Lager hatten die Naumannianer mit einer konkurrierenden Richtung zu kämpfen, die weit pragmatischer war und in erster Linie an den unmittelbaren Interessen der höheren Mittelschichten und Teilen der Intelligenz orientiert blieb. Beiden gegenüber entwickelte sich schrittweise eine alternative, wenn auch keineswegs intellektuell ebenso glänzende Position, die man am besten als „pragmatischen Liberalismus“ bezeichnen könnte. Wesentlichen Anteil an der Formulierung dieser Position hatte vor allem Gustav Stresemann, der schon früh erkannt hatte, daß ein nationaler Liberalismus im Widerstreit der gesellschaftlichen Lager nur dann eine Zukunft haben könne, wenn er sich nicht nur als Anwalt der Interessen einzelner Segmente der Mittelschichten definiere, sondern vielmehr auf den stetigen Ausgleich zwischen den ökonomischen und sozialen Interessen innerhalb des sich herausbildenden Systems einer pluralistischen Industriegesellschaft hinarbeite. Die nüchterne, realistische Einstellung gegenüber dem Charakter des hochkapitalistischen Systems und der Notwendigkeit, Gruppenkonflikte auf

dem Wege des Ausgleichs zu lösen, stellt vielleicht den positivsten Aspekt dieses ansonsten weitgehend zu einer Status-quo-Ideologie erstarrten pragmatischen Liberalismus dar, den Stresemann seiner nach 1918 gegründeten Deutschen Volkspartei aufzuprägen versucht hat, ohne doch damit dauernden Erfolg zu haben.

Insgesamt wird man feststellen müssen, daß die Anpassung der liberalen Positionen an die veränderte soziale Realität des Hochkapitalismus in Deutschland nach 1918 nur unvollkommen vollzogen worden ist. Die Kräfte der Beharrung waren zu groß, um ihnen zu voller Durchsetzung zu verhelfen. Die politische Polarisierung, in die die Weimarer Republik unmittelbar nach ihrer Gründung hineingeriet, hat es zu einer Konsolidierung der liberalen Parteien, geschweige denn zu einem Zusammenschluß derselben zu einer einheitlichen liberalen Partei nicht kommen lassen. Es kommt hinzu, daß sowohl Max Webers als auch Naumanns Strategiemodelle, von Stresemanns Einstellung ganz abgesehen, bei aller Anerkennung ihres progressiven Potentials, sich autoritären Umdeutungen gegenüber nicht gänzlich immun zeigten. Unter solchen Umständen ist es eigentlich nicht sonderlich erstaunlich, daß der parteipolitisch organisierte Liberalismus die Abwanderung der Mittelschichten in das Lager des Nationalsozialismus nicht zu verhindern gewußt hat. Unter den gesellschaftlichen Verhältnissen einer hochdifferenzierten Industriegesellschaft mit zahlreichen monopolistischen Subsystemen, in der die Steuerungskapazität des Staates stark rückläufig war, griffen die alten liberalen Postulate nicht mehr, und die Parole der Öffnung nach links vermochte unter den gegebenen Umständen keine neuen Wählerschichten zu erschließen.

VII.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931, die die Zeitgenossen als eine Krise des Kapitalismus schlechthin empfanden, hatte demgemäß für die weitgehend defensiv gewordene liberale Ideologie tödliche Auswirkungen. Der Nationalsozialismus spekulierte erfolgreich auf die antimodernistische und teilweise antikapitalistische Stimmung in den breiten Massen der Bevölkerung und insbesondere der nunmehr in ihrem sozialen Status abgesunkenen Mittelschichten. Er versprach zudem — wengleich in bloß demagogischer Form — die klassischen liberalen

Ideale viel effektiver wieder zu restaurieren als der Liberalismus. In der Tat finden sich im Programm des Nationalsozialismus viele liberale Postulate in freilich grotesk verzerrter Form wieder. So versprach Hitler in seiner berühmten Rede im Düsseldorfer Industrieclub vom Januar 1932, daß der Nationalsozialismus die Eigenständigkeit des Individuums gegenüber den neuen kapitalistischen Kollektiven und das Prinzip der Führungsstellung des großen einzelnen anstelle der führerlosen Herrschaft namenloser Bürokraten in Staat und Wirtschaft wiederherstellen werde. Ein nationalsozialistisch geführter Staat werde dem „Leistungsprinzip“ und dem Grundsatz des gerechten Ertrags für wirtschaftliche Leistung erneut Geltung verschaffen. Adolf Hitler versagte sich dabei nicht, zusätzlich darauf zu verweisen, daß die „Demokratisierung“ das „Leistungsprinzip“ aufhebe (!).

Der Nationalsozialismus propagierte eine antimodernistische Lösung der gesellschaftlichen Probleme — unter Zurückstellung oder doch Neutralisierung der sozialen Auswirkungen der Hochindustrialisierung — und die Wiederherstellung einer organischen Volksgemeinschaft, in der insbesondere der bedrohte Mittelstand eine neue, gesicherte Position einnehmen werde. Gerade unter der liberalen Wählerschaft, die sich infolge der Ambivalenzen des liberalen Programms zunehmend antimodernistischen und kulturkritischen Stimmungen hingegeben hatte, fand diese pseudoindividualistische Propaganda einen günstigen Resonanzboden. Unter solchen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß gerade die Wähler der liberalen Parteien, wenn man von der Bauernschaft absieht, seit 1929 in immer größeren Scharen ins Lager des Nationalsozialismus überwechselten und damit das Fiasko des deutschen Liberalismus besiegelten, noch bevor die deutsche Republik von Weimar durch den formell legalen Coup d'Etat vom 30. Januar 1933 ihr endgültiges Ende fand.

Dennoch blieb der Liberalismus die einzige wirklich zukunftssträchtige Gegenposition gegen den Faschismus, während das Kalkül des Marxismus-Leninismus, daß man der lachende Erbe dieses letzten Rettungsankers des Kapitalismus sein werde, sich bald als gigantische Fehlrechnung erwies. In Form der neoliberalen Lehre, wie sie von Denkern wie Röpke, Hayek, Hannah Arendt und Carl J. Friedrich in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dem Kommunismus ent-

wickelt wurde, vermochte der Liberalismus schon seit Anfang der vierziger Jahre international wieder Fuß zu fassen, auch wenn in Deutschland selbst die nationalsozialistische Herrschaft alle liberalen Regungen unterdrückte.

Der Neoliberalismus wies eine auf die freie Initiative des verantwortlichen Individuums aufgebaute Staats- und Gesellschaftsordnung, die den Druck zentralistischer Herrschaft auf die Bürger so weit wie möglich durch eine demokratische Verfassungsordnung mildere, als einzige reale Alternative zur Politik der totalitären Systeme auf, noch bevor die Herrschaft der Faschismen gebrochen war. Zudem entwickelten die Neoliberalen das Konzept einer sozial verantwortlichen, freien Marktwirtschaft, die nicht einfach dem Wirken der Marktgesetze überlassen bleiben, sondern durch eine starke Staatsmacht beständig auf liberalem Kurs gehalten werden sollte: „Eine freie Wirtschaft in einem starken Staate“, so formulierte Alexander Rüstow 1951 dieses Prinzip, das er als einen Bestandteil der „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ bezeichnete.

Die historische Bedingtheit des Programms des Neoliberalismus, vor allem die mit ihm verbundene, überaus scharfe Frontstellung gegenüber dem Sozialismus und insbesondere dem Kommunismus in seiner damals freilich stalinistischen Variante, ist heute leicht erkennbar. Dennoch hat sie dem liberalen Gedanken in den Jahren nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus außerordentliche Schubkraft verliehen. Wurzelnd in der großen europäischen Tradition eines individualistischen Humanismus, schlug sie eine praktikable Brücke zwischen den Prinzipien der Freiheit des Individuums und der sozialen Gerechtigkeit. Wesentliche Voraussetzung für die Tragfähigkeit dieses Brückenschlags war es, daß der Staat, als Garant der neu zu schaffenden marktorientierten liberalen Wirtschaftsordnung, auf einer uneingeschränkten demokratischen Legitimierung beruhte. Dies ermöglichte es auch jenen Liberalen, die bislang noch von einigem Mißtrauen gegenüber den sozialen und kulturellen Konsequenzen der voll entfalteten modernen Massendemokratie erfüllt gewesen waren, sich hinter das Programm der Schaffung eines demokratischen Staates zu stellen. Zudem bot sich hier ein neuer Weg, der zwischen den Alternativen einer uneingeschränkten Wiederherstellung klassischer kapitalisti-

scher Prinzipien und des Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft hindurchführte.

VIII.

Die Liberalen, die nach 1945 unter enormen äußeren Mühen und Entbehrungen wieder zu politischer Aktivität zusammenfanden, konnten an diese, damals gegenüber den verschiedenen Varianten des Sozialismus — wenn man einmal von der damals noch lebendigen katholisch-universalistischen, organischen Ständestaatsidee absieht — einzigen kraftvollen Gesellschaftstheorien anknüpfen. Tatsächlich wurde das Bekenntnis zu einer „sozialen Marktwirtschaft“ das einigende Band, das damals die ansonsten politisch noch höchst unterschiedlich ausgerichteten liberalen Parteien und Richtungen zusammenhielt. Die große moralische Überzeugungskraft, die diese Variante der liberalen Idee, wie sie von Denkern wie Alexander Rüstow, Hannah Arendt, und C. J. Friedrich formuliert wurde, ist für die Wiederbelebung der liberalen Gedankens in Deutschland von großer Bedeutung gewesen. Der große Erfolg, den Erhards — von den Freien Demokraten konsequent unterstützte — Wirtschaftspolitik seit 1948 gehabt hat, hat denn unzweifelhaft dazu beigetragen, ihr zum Siege zu verhelfen und den liberalen Grundsätzen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik einen festen Platz in der politischen Tradition dieses Staates zu verschaffen, obschon die Freien Demokraten selbst davon häufig nur indirekt haben profitieren können.

Hinzu kam die — allen voran von Theodor Heuss mit großer moralischer Kraft vertretene — Überzeugung, daß das deutsche Volk nur dann die Chance zu einem Wiederaufstieg und zur Wiederanerkennung im Kreise der europäischen Völker habe, wenn es zu einer demokratischen Neuordnung von Grund auf schreite. Dies bedingte konkret nicht nur das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zu einer grundrechtlichen Festschreibung ihrer moralischen Geltungsgrundlage, sondern darüber hinaus den Abbau der Reste autoritärer Strukturen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Entsprechende Reformen im Rechtssystem, im Bildungssystem und in der Wirtschaftsverfassung des Bundes und der Länder haben dann auch in den Jahren nach 1948 im Mittelpunkt der Politik der Freien Demokraten gestanden. Dazu gehörte nicht zuletzt auch der Aufbau eines Systems sozialer Sicherungen, durch das die

Idee der Freiheit des Bürgers in der modernen Industriegesellschaft allein eine substantielle Grundlage erhielt.

Die Frage der gesellschaftlichen Orientierung der FDP, ob sie sich primär als bürgerliche Partei oder als Partei der demokratischen Sammlung verstehen sollte, blieb hingegen lange unentschieden. In den ersten anderthalb Jahrzehnten des Neubeginns bestand hier einstweilen eine beträchtliche Spannweite der Meinungen, die teilweise noch die Differenzen der liberalen Bewegung der Weimarer Zeit widerspiegelte. Unter den damaligen Umständen dürften die Freien Demokraten freilich gut daran getan haben, höchst unterschiedlichen Positionen einen Platz im eigenen Hause zu gewähren, gemäß dem Beschluß von Heppenheim vom 12. Dezember 1948, der als Ziel der FDP formulierte: „Sammlung der politischen Kräfte, die den Gedanken der Freiheit und des Persönlichkeitsrechtes zum Richtmaß aller Entscheidung(en) erheben.“

Erst in den sechziger Jahren kam es zu grundsätzlichen Richtungskämpfen innerhalb der FDP. Mit dem Ende des „kalten Krieges“, durch den der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik gleichsam flankierende Unterstützung zuteil geworden war, begann der Glanz der neoliberalen Lehre zu verblassen und ihre Einseitigkeiten traten deutlicher in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Die partielle Destruktion der Totalitarismustheorie — die lange als Folie gedient hatte, vor der die Neoliberalen ihre Postulate entwickelten und glaubhaft machen konnten — durch die historische und politologische Forschung kam als weiterer Faktor hinzu. Damit war der Zeitpunkt für ein Überdenken der grundsätzlichen Positionen des Liberalismus gekommen. Nicht zufällig begann in diesen Jahren die Loslösung von dem „großen Bruder“ CDU/CSU; zugleich aber brachen die bislang weithin unausgetragenen Differenzen zwischen den Liberalen nationalliberaler Tradition mit ausgesprochen besitzbürgerlichem Hintergrund und den stärker sozial und demokratisch orientierten Liberalen in massiver Form hervor. Sie endeten mit einer klaren Distanzierung von den großbürgerlich-nationalen Traditionen des älteren deutschen Liberalismus zugunsten eines eindeutig sozial orientierten Liberalismus.

Die ‚Studentenrevolution‘ der sechziger Jahre dürfte dieser Entwicklung noch einen zusätzlichen Schub verliehen haben. Denn durch sie wurden die Grenzen des historischen Konsens der Ära Adenauer, einer durch rasches

Wirtschaftswachstum und Betonung materiellen Wohlstands bestimmten Periode, schlagartig ins allgemeine Bewußtsein gehoben. Die Liberalen taten recht daran, ihre überkommene Einstellung zur Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik radikal zu überprüfen. Ob freilich Karl Hermann Flach gut daran tat, den Spielraum liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nach der Mitte hin derart einzuengen, wenn er schrieb: „Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus ist...die Voraussetzung seiner Zukunft“, bleibt abzuwarten. Entscheidender scheint uns das Bemühen der Freien Demokraten, in der Nachfolge Naumanns nach Wegen zu suchen, dem einzelnen auch unter den Bedingungen eines voll entfalteten hochkapitalistischen Systems ein Höchstmaß an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, vor allem aber an Schutz gegenüber der Übermacht bürokratischer Apparate in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu sichern. Der Sozialliberalismus, der in der Nachfolge Friedrich Naumanns eine Humanisierung insbesondere des industriellen Systems anstrebt, hat in den Freiburger Thesen von 1971 einen eindrucksvollen Niederschlag gefunden. Allerdings sind heute, in einer Situation stark verminderten wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit struktureller Arbeitslosigkeit und stark belasteten öffentlichen Haushalten, andere Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund getreten.

In der Gegenwart, so scheint uns, ist es vielleicht angebracht, wieder stärker an die von Max Weber eindrucksvoll formulierte Position eines progressiven Liberalismus anzuknüpfen. Schon Max Weber stand vor der Frage, die uns heute in verstärktem Maße bewegt, wie nämlich den Tendenzen zu einer allmählichen Erstarrung der sozialen Beziehungen — gleichviel, ob zwischen Individuen, Gruppen oder Institutionen, auf politischer Ebene aber mehr noch im Bereich des wirtschaftlichen Subsystems — entgegengewirkt werden könne. Er formulierte drei wesentliche Ziele, die eine jede liberale Politik unter den Bedingungen des Hochkapitalismus zu verfolgen habe: Erstens die mögliche Steigerung von Mobilität und Wettbewerb innerhalb von beständig zum Festschreiben bestehender Verhältnisse neigender Institutionen und Strukturen; zweitens die möglichste Steigerung der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen, ungeachtet der sozialen und institutionellen Abstützung seiner gesellschaftlichen

Position durch den modernen Staat und seine subsidiären Institutionen, und schließlich die Steigerung der öffentlichen Verantwortlichkeit von Herrschaft auf allen Ebenen der Gesellschaft. Dies gilt insbesondere für die im Vorfeld der parlamentarischen Institutionen und insbesondere im wirtschaftlichen Bereich operierenden Verbände aller Art.

Der Weg des deutschen Liberalismus von der vermeintlich „klassenlosen Bürgergesellschaft“ des Vormärz bis hin zur pluralistischen Industriegesellschaft der Gegenwart war voller Wechselfälle. Die Programmatik und die Strategien liberaler Politiker haben sich dabei vielfach grundlegend verändert. Die sozialen Beengtheiten, in die die liberale Bewegung im Laufe einer langen Entwicklung wiederholt verstrickt wurde, sind heute gutenteils überwunden, und die nationalistische Engstirnigkeit, der sie sich im späteren 19. Jahrhundert und noch lange danach verschrieben hatte, gehört der Vergangenheit an. Auch die

konkreten Inhalte der liberalen Idee haben sich vielfach verändert. In seiner Grundforderung — nämlich dem einzelnen innerhalb einer freien Gesellschaft ein optimales Maß an persönlicher Entfaltung zu ermöglichen — ist sich der Liberalismus freilich gleichgeblieben. Die Frage, wie dieses große Ideal angesichts der sich stetig verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit konkret einlösen läßt, wird jedoch weiterhin umkämpft bleiben. Im Laufe seiner langen Geschichte hat der Liberalismus niemals dem Ideal einer konfliktreichen Gesellschaft angehangen; ihm ist es immer vor allem darum gegangen, jenes Maß an freiheitlichen Verhältnissen zu schaffen und zu bewahren, das eine friedliche Austragung des Konflikts zwischen alternativen Idealen ermöglicht. Nur im Rahmen einer „offenen Gesellschaft“ aber ist dergleichen überhaupt denkbar. Unsere Gesellschaft auch in der Zukunft „offen“ zu erhalten, wird eine wesentliche Aufgabe des Liberalismus sein.

Radikale Liberalität in einer geizigen Welt

Gedanken zu einer Umorientierung

Die Entwicklung der Industriegesellschaften in den letzten zweihundert Jahren brachte den Menschen einen fast grenzenlosen Zuwachs ihrer Kräfte und Möglichkeiten, die jedoch vornehmlich auf den technischen und wirtschaftlichen Bereich beschränkt blieben; der Mensch wurde zum homo oeconomicus. Nun, da nicht nur die Grenzen des Wachstums, sondern der Ressourcen überhaupt sichtbar werden, erscheint eine Neuorientierung vordringlich: Das wirtschaftliche Wertesystem von Leistung und Erfolg, die einseitige Fixierung auf ökonomische Interessen, muß ergänzt bzw. abgelöst werden durch eine stärkere Hinwendung zu den Werten des Kultur- und Sozialsystems. Der Radikalität dieser Umorientierung muß — so der Autor — eine tiefgreifende Veränderung des Verhaltens entsprechen.

Radikalität versus Radikalismus

Dem Radikalismus der Freiheitsfeinde von rechts und von links läßt sich auf die Dauer mit Erfolg nur die Radikalität der Liberalen entgegensetzen. Es liegt also kein Grund vor, sich für eine auf den ersten Blick blasphemische Wortverbindung, die Radikalität und Liberalität miteinander in Beziehung setzt, zu entschuldigen. Wohl aber mag eine Erklärung hilfreich sein.

Radikalität und Radikalismus sind nicht ein und dasselbe. Im Gegenteil: Die *Radikalität* wird getragen von einem reflektierten normativen Engagement, das sich in einer realistischen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit konkretisiert, wobei das moralische Engagement die Suche nach der Wirklichkeit orientiert. Der Realitätssinn verhindert, daß sich die moralischen Wertvorstellungen in weltfernen Utopien verlieren; das normative Engagement trägt seinerseits dazu bei, daß sich der Realitätssinn nicht in einem moralisch tauben Pragmatismus erschöpft. Die Radikalität erlaubt, daß Denken und Leben, Reflexion und Praxis sich gegenseitig bereichern: Die praktischen Erfahrungen führen dazu, daß sich die moralischen Wertvorstel-

lungen mit Inhalt füllen; die moralischen Wertvorstellungen tragen dazu bei, daß äußere Geschehnisse zu nutzbaren Erfahrungen werden. Das moralische Engagement fördert den Blick für die Realität, und der Realitäts-sinn erlaubt jene Konkretisierung der Wertvorstellungen, die erst ein Engagement jenseits aller Scheinheiligkeit und Rhetorik möglich macht ¹⁾.

Anders der *Radikalismus*: Er ist geradezu dadurch gekennzeichnet, daß die Wert- und Zielvorstellungen sich in der Konfrontation mit der Wirklichkeit *nicht* weiterentwickeln: Das normative Engagement erstarrt in dogmatischen Formulierungen, die in zwangsneurotischer Wiederholung dazu herhalten, das Nichterkennen und Verkennen der Wirklichkeit zu rechtfertigen, die auch dazu herhalten, daß in blindem Affekt die Wirklichkeit nicht gestaltet, sondern vergewaltigt wird: Urteile, die an der Realität nicht korrigiert werden können, also Vorurteile, und Wertvorstellungen, die sich in der Konfrontation mit der Realität nicht weiterentwickeln, also fanatische Überzeugungen, sind die Begleitscheinungen eines Radikalismus, der sein Engagement dadurch rein und kompromißlos zu halten sucht, daß der offenen Begegnung mit der Wirklichkeit ausgewichen wird. Es ist diese Art des Radikalismus, von dem gegenwärtig meist die Rede ist und in dessen Dunstkreis Terror und Intoleranz ihren Ur-

Dieser Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Referates, das der Verf. auf der Fachtagung der CDU über „Lebenswerte Umwelt“ Anfang März 1979 in Bonn gehalten hat. In etwas erweiterter Form wird dieser Aufsatz auch in dem in Kürze erscheinenden Olzog-Taschenbuch „Optionen für eine lebenswerte Zukunft“ veröffentlicht, das die Referate und Diskussionen dieser Fachtagung enthält.

¹⁾ Vgl. G. Kirsch, Fonctions et disfonctions de tabous politiques, in: La politique économique de la Suisse, Fribourg 1977.

sprung nehmen. Dabei ist es ohne große Bedeutung, in welchem Engagement dieser Fanatismus seinen Ausgang nimmt; selbst extrem entgegengesetzte normative Einstellungen dienen Fanatikern, die sich sonst in nichts voneinander unterscheiden, als Legitimation²⁾.

Diese Art des Radikalismus ist nicht die einzige; es ist nicht einmal ausgemacht, daß sie die gefährlichere ist. Neben dem normativ-moralischen Engagement, das nicht an der Wirklichkeit wachsen will bzw. kann, gibt es nämlich einen Realitätssinn, der sich jeder normativen Ausrichtung und jeder Kontrolle durch die Moral versagt. In gedankenloser Geschäftigkeit wird ein *Pragmatismus* gelebt, der hinter der Berufung auf die Sachgesetzlichkeit und auf den Sachverstand die nackte Unmoral verbirgt. Unfähig oder unwillig, die eigene Situation und ihre Rahmenbedingungen mit den Augen des Moralisten distanziert immer wieder neu einzuschätzen und entsprechend zu gestalten, wird er selber zum Opfer jener Sachgesetzlichkeit, deren er sich zu bedienen vorgibt. Es ist wohl kein Zufall, daß — wie auch immer die jeweilige ursprüngliche Wirklichkeitsdeutung ausgesehen haben mag — die reinen Pragmatiker zu roboterhafter Unmenschlichkeit entarten, die sie sich voneinander nicht unterscheiden läßt.

Der Radikalismus ist — als der exakte Gegensatz zur Radikalität — zu verwerfen, gleichgültig, ob er auf einen defizienten Realitätssinn oder auf eine mangelnde moralische Sensibilität zurückzuführen ist. *Ob Herzversagen oder Hirnaustall, das Ergebnis ist das gleiche: Exitus.*

²⁾ Vgl. E. Hoffer, *The True Believer*, New York 1951.

³⁾ Diese strikt individualistische Ausgangsposition mag den Verdacht aufkommen lassen, daß jede Mitmenschlichkeit, jegliche Solidarität und Humanität ausgeschlossen werden. Dieser Verdacht ist völlig unbegründet, insofern eine reife und verantwortete Mitmenschlichkeit nur zwischen selbständigen Menschen möglich ist. Der Fall, daß jemand — etwa als Kind oder als psychisch Kranker — vor den Folgen seiner eigenen Handlungen bewahrt und geschützt wird, kann nicht als Gegenargument dienen. In dem Maße, wie ihm dies angetan wird, wird er — vielleicht notwendiger-, doch auch bedauerlicherweise — zum Objekt. Liberales Ziel einer Erziehung oder einer Therapie kann hier nur sein, dem einzelnen zur Fähigkeit und zur Bereitschaft zum Tragen seiner Handlungsfolgen zu verhelfen.

Individualismus, Anarchismus, Liberalismus

Auf der Strecke bleibt in beiden Fällen der Mensch, genauer: der einzelne und einzigartige Mensch. Und hier setzt die Radikalität des Liberalen ein. Ihm geht es um den einzelnen, seine Freiheit und seine Würde. *Sie sind das letzte, auf das bezogen es kein „Beyond“³⁾ gibt.* Weniger pathetisch: Jeder hat das Recht und — im Rahmen seiner persönlichen Möglichkeiten — die Pflicht zum eigenen Selbstentwurf und zu dessen Realisierung. Niemand darf den Nächsten zum Instrument im Dienste der eigenen Bedürfnisbefriedigung herabwürdigen. Der Dienst am anderen darf für den, der ihn erbringt, nur ein frei gewähltes Mittel zur eigenen Selbstrealisation sein.

Wegen der Knappheit der Faktoren, wegen des Geizes der Welt geraten die Selbstentwürfe der einzelnen miteinander in Konflikt, ohne daß die Möglichkeit für die einzelnen bestünde, in freie, nur für sie zugängliche Räume auszuweichen. Man kann dem *Anarchismus* den Vorwurf nicht ersparen, daß er die Freiheit und Würde des einzelnen verteidigen will, ohne die Wirklichkeit knapper Ressourcen zu berücksichtigen: Er geht davon aus, daß der einzelne für ihn und andere kostenlos seinem Nächsten begegnen und sich auch kostenlos von ihm trennen kann⁴⁾.

An dieser Stelle wird man sich daran erinnern müssen, daß sich die Frage nach der Freiheit und Selbstverwirklichung des einzelnen Menschen überhaupt nur in einer Welt der knappen Mittel stellt. Nur dort können die Ziel- und Wertvorstellungen des einzelnen mit den Entwürfen der anderen in Konflikt geraten.

So gesehen stellt der Anarchismus keine Lösung des Freiheitsproblems dar; er läuft vielmehr auf eine verschleierte Wegdefinition des Problems hinaus. Man muß daher den — ansonsten sicher sympathischen — Anarchismus als Lösungsansatz ablehnen, nicht aber den Liberalismus. Ohne aphoristische Überzeichnung läßt sich sagen, daß sich die Liberalen von den Anarchisten eben dadurch unterscheiden, daß sie das Problem der individuellen Freiheit in einer geizigen Welt, also unter Berücksichtigung der Knappheit der Güter, lösen wollen. Dabei gehen sie nicht so vor, daß sie — auf den neuen Menschen hoffend und durch den moralischen Appell — vom einzelnen erwarten und

⁴⁾ Vgl. G. Kirsch, *Auf der Flucht vor der Freiheit*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. April 1978.

verlangen, daß er um der Ansprüche seines Nächsten willen seine eigenen Wünsche zurückschneidet; sie erwarten und verlangen nicht, daß die Freiheit und Würde des einen durch die Selbstbeschneidung des anderen gewährleistet wird. Vielmehr soll *unabhängig von der Motivation des einzelnen* in einer Welt der Mittelknappheit die Instrumentalisierung des einen durch den anderen, die Zerstörung der individuellen Freiheit und der unregelmäßige Kampf aller gegen alle mit dem Sieg des Starken über den Schwachen vermieden werden.

In skeptischem Realismus wird der Hoffnung, durch gutes Zureden den Wolf im Menschen zu bändigen, nicht weiter nachgegangen. Vielmehr wird gefragt, wie die *Ordnung des menschlichen Zusammenlebens* zu gestalten sei, damit der Wolf im Menschen domestiziert werde. Die gesellschaftliche Ordnung soll sicherstellen, daß — was auch immer die Motivation des einzelnen sei — es weder in seinem Interesse noch in seinen Möglichkeiten liegt, den anderen zum Instrument zu degradieren. Das *gewaltlose Zusammenleben der Menschen in Freiheit soll nicht durch die Geburt eines neuen Menschen in einer alten Gesellschaft, sondern durch eine neue gesellschaftliche Ordnung für den alten Menschen erreicht werden*. Und dies trotz der Knappheit der Produktionsfaktoren. Nicht in der domestizierenden Erziehung des Menschen, sondern in der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung wird die Lösung des Problems des friedfertigen menschlichen Zusammenlebens gesehen. *Ordnungspolitik heißt die Parole*.

Thomas Hobbes hatte sich diesem Problem schon genähert; er sah angesichts der Leidenschaften des Menschen und der Grenzen der Welt nur einen Weg, die gewalttätige Begegnung des Starken mit dem Schwachen zu vermeiden: das Aufgehen des einzelnen in einem alle Individualität auslöschenden Leviathan: dem totalen Staat. Der Friede zwischen den Menschen war hergestellt, die Gefährdung der individuellen Freiheit des einen durch die Übergriffe des anderen war gebannt, allerdings um den Preis des Verlustes der Freiheit aller an den Leviathan. Es mochte scheinen, als seien der soziale Friede und die individuelle Freiheit in einer geizigen Welt nicht miteinander vereinbar. Die Frage ist dringlich: *Müssen wir wirklich wählen zwischen der Zerstörung der individuellen Freiheit im regellosen Kampf des Starken gegen den*

Schwachen und der Aufhebung der individuellen Freiheit im wohlgeordneten Leviathan?

Es ist nicht möglich, an dieser Stelle alle Ansätze auch nur zu erwähnen, die bei der Beantwortung dieser Frage versucht worden sind. Immer ging es — damals wie heute — um das friedvolle Zusammenleben freier Menschen in einer geizigen Welt.

Vom leidenschaftlichen Menschen zum Wirtschaftssubjekt

Ein entscheidender Durchbruch in dieser langen, mühseligen Suche gelang, als es vor rund zwei Jahrhunderten die theoretische Reflexion unternahm, die *menschlichen Leidenschaften* umzuformulieren in *ökonomische Interessen*⁵⁾. Diese Ökonomisierung der menschlichen Leidenschaften, d. h. die Reduzierung des Menschen zum Wirtschaftssubjekt, eröffnete die Möglichkeit, das Problem der *gesellschaftlichen* Ordnung in die Frage nach der *wirtschaftlichen* Ordnung umzusetzen. Der Weg war frei, um den *wettbewerblich organisierten Markt* zum Zentralstück der Ordnungspolitik zu erheben. Der zum Wirtschaftssubjekt erklärte Mensch sollte in seinem Verhalten zu den übrigen domestiziert werden in einer auf den Ausgleich von ökonomischen Interessen gerichteten sozialen Ordnung, eben auf dem Markt⁶⁾. Die praktische Bedeutung, die der Markt dann zu Beginn des 19. Jahrhunderts erhielt, trug ihrerseits wesentlich dazu bei, daß die Menschen zunehmend zu Wirtschaftssubjekten wurden, tendenziell von ihren Leidenschaften nur jene ernst nahmen, die sich als ökonomische Interessen artikulieren und auf dem Markt einbringen ließen; der Preis wurde zur notwendigen Voraussetzung dafür, daß überhaupt etwas als wertvoll anerkannt wurde. In aphoristischer Kürze: Der Markt schuf sich in der Praxis die Voraussetzung, welche die Theorie herausgearbeitet hatte; die als Wirtschaftssubjekte *postulierten* Gesellschaftsmitglieder wurden tatsächlich zunehmend zu Wirtschaftssubjekten. Entlarvend ist in diesem Zusammenhang die Selbstdefinition unserer Gesellschaft als *Wirtschaftsgesellschaft*. *Die Nachteile*, die mit dieser Ökonomisierung der menschlichen Leidenschaften verbunden waren, werden uns noch beschäf-

⁵⁾ Vgl. F. Perroux, *Les macro-décisions*, in: *L'Économie du XX^e Siècle*, 3. Aufl., Paris 1969, S. 347 ff.

⁶⁾ Vgl. A. O. Hirschmann, *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before its Triumph*, Princeton, N. J. 1977.

tigen. Man braucht kein Marxist zu sein, um anzuerkennen, daß schon frühzeitig Marx auf den Tatbestand und die Kosten dieser einschneidenden Neudefinition des Problems des menschlichen Zusammenlebens hingewiesen hat.

Die Vorteile, die mit der Ökonomisierung der menschlichen Leidenschaften erkaufte werden konnten, waren allerdings beträchtlich: Der Markt, auf dem die konfligierenden Interessen sich begegnen und durch das Spiel des Wettbewerbs zum Ausgleich gebracht werden, erlaubt seiner Konstruktionsidee nach, daß jeder einzelne ohne Rücksicht auf die Belange seines Nächsten die Befriedigung seiner Zielvorstellungen anstreben kann. Es ist denen zuzustimmen, die im Wettbewerb jenes soziale Ordnungsprinzip und im Markt jene gesellschaftliche Ordnung sehen, die sicherstellen, daß trotz der Knappheit der Mittel die einzelnen Gesellschaftsmitglieder sich nicht gegenseitig mißbrauchen können und trotzdem die individuelle Freiheit nicht dem harten Zugriff eines alles und jeden umfassenden Leviathan zum Opfer fällt.

Nun ist es sicher ein gängiges — und trotzdem zutreffendes — Argument gegen diesen Optimismus, daß der Markt Entartungserscheinungen aufweisen kann und nicht selten auch tatsächlich aufweist. Es gibt Machtpositionen auf dem Markt; dieser ist häufig weit von dem Zustand der vollkommenen Konkurrenz entfernt. Monopole oder monopolähnliche Positionen auf der Anbieter- bzw. auf der Nachfragerseite erlauben es dem jeweils Stärkeren, sich den von ihm verursachten externen Kosten zu entziehen und damit letztlich die jeweils Schwächeren zu instrumentalisieren.

All dies ist nicht neu und liegt durchaus in der Linie der bisherigen liberalen Ordnungspolitik, der es in der Hauptsache um ein Mehr an Wettbewerb ging und geht. Wenn im folgenden auf einige weitere Aspekte des Problems einer liberalen Ordnungspolitik eingegangen wird, so ausdrücklich nicht, um die marktorientierte Ordnungspolitik zu verdrängen. Denn diese hatte und hat durchaus ihre Funktion, so wie auch der Markt seine Funktion hat, *allerdings innerhalb bestimmter Grenzen*.

Die Grenzen des Marktes

Oben hieß es, die Umformulierung der menschlichen Leidenschaften in ökonomische Interessen habe die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der Markt als sozialer

Ordnungsmechanismus konzipiert und institutionalisiert werden konnte. Diese Aussage ist dahingehend zu präzisieren, daß unter den ökonomischen Interessen jene zu verstehen sind, die sich auf solche Güter und Dienstleistungen beziehen, für die *individuelle Eigentumsrechte* angemeldet und durchgesetzt werden können und deren *Wert in Geldeinheiten ausdrückbar* ist. Mit anderen Worten: Die besagten Interessen müssen sich auf marktfähige Güter und Dienstleistungen beziehen. In dieser Interpretation der ökonomischen Interessen wird implizit die Reduzierung von leidenschaftlichen Menschen in Käufer und Anbieter marktgängiger Waren verlangt. Genauer: Nur wenn die Menschen lediglich letzteres sind, kann der Markt das Problem eines geordneten menschlichen Zusammenlebens in Freiheit im Rahmen seiner Wettbewerbsqualität sicherstellen.

Nun braucht es keiner großen Phantasie, um Beispiele von Gütern zu finden, für die keine individuellen Eigentumsansprüche möglich sind und/oder deren Wert nicht in Preisen ausgedrückt werden kann: Das Wachstum des Sozialprodukts läßt sich wohl in Geldeinheiten formulieren, kann aber nicht individuell angeeignet werden. Umgekehrt läßt sich ein qualitativ hochwertiges Forschungsergebnis wohl urheberrechtlich individuell aneignen und absichern, ist aber in seinem wissenschaftlichen Wert nicht in Geldeinheiten auszudrücken. Schließlich: Die äußere Sicherheit eines Landes ist eigentumsrechtlich einem einzelnen Gesellschaftsmitglied nicht zuweisbar und außerdem ist ihr Wert nicht in Mark und Pfennig fixierbar.

In all diesen Fällen versagt, was leicht einzusehen ist, der Markt. In dem Maße, wie sich die Interessen der Gesellschaftsmitglieder auf solche Güter und Werte erstrecken, kurz, in dem Maße, wie sich die menschlichen Leidenschaften auch auf andere als auf marktfähige Güter und Dienstleistungen beziehen und das Ausleben dieser Leidenschaften in den engen Grenzen der Welt mit den Leidenschaften anderer Gesellschaftsmitglieder in Konflikt gerät, in dem Maße muß der Markt versagen, wenn er allein das menschliche Zusammenleben in Ordnung und Freiheit gewährleisten soll. Neben ihm müssen *andere Sozialmechanismen* und Interaktionssysteme treten; diese sollen dann ihrerseits einen Beitrag zur Lösung des friedlichen Zusammenlebens freier Menschen in einer geizigen Welt leisten (sie können aber — wie

sich gleich zeigen wird — wenigstens zum Teil der Bedrohung für die Freiheit werden).

Kollektive — die vergessenen Objekte der liberalen Ordnungspolitik

Konzentrieren wir uns vorerst auf jene Werte, an denen private Eigentumsrechte nicht abgesichert werden können, so zeigt sich: Sollen diese überhaupt in das rationale Kalkül von Entscheidungsträgern eingehen, so ist dies nicht über den Markt möglich. Verläßt man sich trotzdem nur auf den Marktmechanismus, so führt dies dazu, daß diese Werte so behandelt werden, als seien sie freie, nicht aber knappe Güter. Sind sie aber tatsächlich selten, so führt ihre Nichtberücksichtigung im Entscheidungskalkül — also so zu tun, als seien sie freie Güter — zu einer Verschleuderung und *Verschwendung* eben dieser knappen Werte. So aber kann man den Herausforderungen einer geizigen Welt nicht begegnen.

Diese etwas abstrakten Überlegungen werden besonders deutlich am jüngst von großer Bedeutsamkeit gewordenen Beispiel der *Umwelt*: Wohl kann es für bestimmte Techniken der Umwelterhaltung und der Umweltsanierung marktfähige Versionen geben — Filter, Kläranlagen, Deponien —, nur ist die Erhaltung einer menschenadäquaten Umwelt selbst einer jener Werte, für die es keinen Markt geben kann, für die also auch keiner existiert. Dies war so lange nicht folgenreich, als die Umwelt wirklich ein wohl wertvolles, aber freies Gut war, also die Belastungen, die man ihr zumutete, im Vergleich zu ihren Regenerationsmöglichkeiten und bezogen auf die Sensibilität der Menschen für Umweltschädigungen klein waren. Dies änderte sich in dem Augenblick, als die Belastungen der Umwelt als Folge der technologischen und industriellen Entwicklung, des Bevölkerungswachstums, der Verstädterung usw. drastisch anstiegen. Nunmehr erwies sich plötzlich die Erhaltung und Instandsetzung der Umwelt als durchaus knappes Gut: D. h., bezogen auf die Umwelt traten intraindividuelle und gesellschaftliche Zielkonflikte auf. Nur: *Da der Markt als Ort zum geregelten Austragen der interindividuellen Konflikte ausfiel* und ein anderer Sozialmechanismus vorerst nicht zur Verfügung stand (oder genauer: die Umwelt nicht in den Kompetenzbereich eines schon bestehenden Mechanismus überwiesen wurde), wurde sie weiter als freies Gut behandelt, also verschwendet. Das Ergebnis: Umweltverschmutzung.

Fragt sich nur, wozu und wie Werte, die einer privatrechtlichen Aneignung nicht unterworfen sind, Berücksichtigung finden können. Die Antwort ist so einfach, wie die Probleme, die sie aufweist, groß und zahlreich sind: in *Kollektiven*. Hierunter ist nicht nur der Staat zu verstehen, auch Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, Klubs verschiedenster Art, vom Club of Rome zur Goldfischzüchtervereinigung aus Kleindorf, gehören dazu.

Alle diese Zusammenschlüsse — handle es sich nun um staatliche oder um nichtstaatliche — bilden, was im Anschluß an David Easton⁷⁾ gemeinhin das „*political system*“ genannt wird, dessen Sinn und Zweck in der *autoritativen Zuordnung von Werten* besteht. Im Gegensatz zum „*economic system*“ des Marktes sind die das „*political system*“ ausmachenden Kollektive dadurch gekennzeichnet, daß sie *Instrumente der Herrschaft und des Zwanges* sind und mit logischer Notwendigkeit sein müssen. Dies aus folgendem Grunde: Während die Entscheidungen auf dem Markt von dem einzelnen unmittelbar unter Bezug auf die eigenen Bedürfnisse getroffen und ohne Rücksprache mit den anderen in die Tat umgesetzt werden, muß sich der einzelne in Kollektiven erst einmal mit seinen eigenen Ziel- und Wertvorstellungen durchzusetzen versuchen und anschließend — ist erst einmal ein kollektiver Entschluß gefaßt — diesen in seinen Konsequenzen auch dann mittragen, wenn er nicht einverstanden ist. Die Folge ist, daß es im „*political system*“ — im Gegensatz zum „*economic system*“ — die *konfliktuelle Auseinandersetzung* gibt und daß — wiederum im Gegensatz zum Markt — der einzelne mehr oder weniger frustriert sein wird ob der schließlich auch für ihn verbindlichen Entscheidungen. Dabei werden die Intensität der konfliktuellen Auseinandersetzung sowie das Ausmaß und die Wahrscheinlichkeit der Frustration um so höher sein, je größer die Unterschiede unter den Ansichten der Kollektivmitglieder sind. Dabei ist zu bedenken, daß es gerade diese Unterschiede sind, die das Problem des friedvollen Zusammenlebens freier Menschen in einer geizigen Welt überhaupt erst entstehen lassen.

Die Tatsache, daß Kollektive — gleich welcher Art — notwendigerweise Herrschaft und Zwang implizieren, erklärt denn auch, warum gerade

⁷⁾ Vgl. D. Easton, *A Framework for Political Analysis*, Englewood Cliffs, N. Y. 1965, S. 50.

unter Liberalen jedweden Zusammenschlüssen, allen voran dem Staat, mit höchstem Mißtrauen begegnet wird. Nur bedeutet dies noch längst nicht, daß sich Liberalität in der antikollektivistischen Geste erschöpfen kann. In dem Maße nämlich, wie es um Werte geht, die privaten Eigentumsansprüchen nicht unterworfen werden können, sind Kollektive die einzige Möglichkeit, sicherzustellen, daß diese knappen Werte nicht so behandelt werden, als seien sie freie Güter, daß sie also nicht verschwendet werden. Dies heißt nicht, daß in Zusammenschlüssen nicht kollektivspezifische Verschwendungen stattfinden können; nur geht es nicht an, unter Hinweis auf diese und auf deren unvermeidbaren Herrschaftscharakter die Kollektive vor aller Einzeluntersuchung zu verwerfen. *Andere als kollektive Zuweisungsmechanismen sind für alle nicht privateigentumsrechtlich verteilbaren Werte einfach nicht denkbar.*

Allerdings: Wenn auch auf das „political system“ — also auf die autoritative Zuweisung von Werten in Kollektiven — nicht in allen Fällen verzichtet werden kann, so ist doch festzuhalten, daß — vom liberalen Standpunkt — die Beweislast für solche Notwendigkeit immer bei dem liegt, der diese Zuweisung vornehmen will.

Darüber hinaus stellt sich dann, wenn auf die autoritative Zuweisung von Werten nicht verzichtet werden kann, die Frage, wie diese vorzunehmen sei.

Es ist zu fragen, wie die so nicht vermeidbare Herrschaft in liberalem Geiste zu gestalten sei. Mit anderen Worten: Neben eine Politik, die auf die ordnende Gestaltung des wettbewerblichen Marktes abstellt, muß eine *Ordnungspolitik für die Kollektive* selbst treten. Die selbstbeschränkende Fixierung der Liberalen auf den Markt mag in den Nachkriegsjahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland zweckmäßig und notwendig gewesen sein. Es scheint aber nun allmählich die Zeit gekommen, diese derart eng auf den Markt ausgerichtete Ordnungspolitik auszuweiten und — neben anderem — auch Kollektive nicht als zu bekämpfendes Übel abzutun, sondern als ordnungspolitische Aufgabe zu begreifen. Dies erfordert allein schon die zunehmende Bedeutung nicht marktfähiger Werte. Für den, der in einem solchen Tun bereits ein beängstigendes Abgleiten in den Kollektivismus, den ersten und entscheidenden Schritt auf dem *Weg in die Knechtschaft* sieht, mag folgender Hinweis beruhigend

sein: Die Kollektive wurden aus dem ordnungspolitischen Diskurs ehemals erst ausgeklammert, als die Ökonomisierung der menschlichen Leidenschaften als theoretische Möglichkeit in den Blick gekommen und als praktische Übung erfolgt war; vorher war — bei Montesquieu, den Federalists, de Tocqueville u. a. — das *Ordnungsproblem* ein solches der *intra- und interkollektiven Beziehungen* gewesen. Außerdem: Die Reduzierung der ordnungspolitischen Problematik auf Fragen des Marktwettbewerbes ist eine Erscheinung, die sich in dieser Einseitigkeit eigentlich nur — wenn auch wiederum aus verständlichen Gründen — in Deutschland findet.

Wenn nun die Kollektive — handle es sich hierbei nun um den Staat in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, um Verbände, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen u. ä. — zum Gegenstand einer liberalen Ordnungspolitik werden sollen, so unter der richtungweisenden Fragestellung, wie — trotz allen Herrschaftscharakters — die Freiheit der tatsächlichen und/oder der potentiellen Mitglieder garantiert werden kann; wie also der einzelne nicht in diesen Zusammenschlüssen instrumentalisiert und damit zum Teil einer manipulierten Masse wird.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auch nur die *großen Linien einer auf die Kollektive bezogenen Ordnungspolitik* zu zeichnen. Stichworte mögen (und müssen) genügen: Eine solche kollektivorientierte Ordnungspolitik wird zweckmäßigerweise zwei Seiten aufweisen: Zum einen wird sie ihr Augenmerk auf die *intra-kollektiven* Beziehungen zu richten haben⁸⁾. So werden Fragen nach den Regeln und der Praxis der intra-kollektiven Willensbildung zu stellen sein. Für Parteien und Verbände ist dies eine akzeptierte Fragestellung; für Kirchen hat sie — trotz der Bedeutung dieser Kollektive für ihre Mitglieder und darüber hinaus — noch immer den Ruch des Revolutionär-Aufsässigen. Es wird zu fragen sein nach der Freiheit des Eintritts und des Austritts. Es ist zu fragen nach der Position und dem Gewicht der Verwaltung und des institutionalisierten Sachverstandes in den einzelnen Zusammenschlüssen. Es ist zu fragen nach dem Entstehen von Zielvorstellungen in Kollektiven; sollte sich nämlich zeigen, daß die Zusammenschlüsse selbst (oder richtiger: privilegierte Mitglieder) einen nennenswerten, ander-

⁸⁾ Vgl. G. Kirsch, *Die Betroffenen und die Beteiligten*, München 1974.

weitig nicht kompensierten Einfluß auf die Genese von Ziel- und Wertvorstellungen der übrigen Teilnehmer haben, dann findet schon auf der Ebene der Bedürfnisbildung eine Instrumentalisierung des Menschen durch den Menschen statt. Daß Marxisten von „falschen Bedürfnissen“ sprechen, ist kein Grund, sich a priori zu weigern, solcher für die Liberalität der Gesellschaft entscheidenden Fragestellung nachzugehen. Im übrigen ist es nicht so, als sei hier alles von Grund auf neu zu bauen. Im Gegenteil: Von Buchanan und Tullock¹¹⁾ zu Nozick¹²⁾, von Downs¹³⁾ zu Rawls¹⁴⁾ liegen Arbeiten vor, deren liberal-individualistisches Engagement die ordnungspolitische Perspektive geradezu herbeizwingt.

Neben der Frage nach den intrakollektiven Beziehungen ist zu prüfen, wie die *interkollektiven* Beziehungen um der Freiheit des einzelnen willen ordnend zu gestalten seien. Wie schon oben angedeutet, ist diese Frage nicht neu: Montesquieu suchte in der Gewaltenteilung in Kollektiven die Freiheit des einzelnen auch in Institutionen zu gewährleisten, in denen der Zwang ein konstituierendes Element darstellt. Die Begründer des US-amerikanischen Föderalismus suchten in der Vielzahl und in der Vielfalt von Zusammenschlüssen ein Mittel gegen die Ansprüche und Anforderungen an den einzelnen, gegen die aus der Arroganz der Macht entstehenden Bedrohungen der individuellen Freiheit. Auch hierzulande sind Themen wie Föderalismus und Tarifautonomie, Verbändegesetze und Konzertierte Aktion nichts Ungewöhnliches. *Was allerdings fehlt, ist die systematische ordnungspolitische Fragestellung, wie die Beziehungen zwischen den einzelnen Zusammenschlüssen um der individuellen Freiheit und um der effizienten Allokation knapper Ressourcen willen zu gestalten seien. Wohl gibt es höchst wertvolle empirische Beschreibungen der Politikverflechtung¹⁹⁾, wohl gibt es vornehmlich normativ inspirierte Forderungen nach einer Durchgliederung der Gesellschaft im Dienste der Emanzipation des einzelnen. — Was bislang nur erst zaghafte versucht wird, ist der Entwurf einer liberal-individualistisch ausgerichteten Gestaltung der genannten Politikverflechtung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten. Das Material hierfür ist in großen Bruchstücken sicher vorhanden, nur ist es eben bisher nicht zu einem Ordnungsgebäude zusammengefügt.*

¹⁹⁾ F. W. Scharpf u. a., Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg/Taunus 1976.

Doch reicht es nicht, wenn inter- und intrakollektive Beziehungen je einzeln unter einem liberal-individualistischen Blickwinkel untersucht und gestaltet werden. Vielmehr ist es notwendig, sie in ihrem gegenseitigen Bezug zu sehen¹⁰⁾. Auch hier gibt es Anläufe, die weiterzuverfolgen sich lohnen würden.

Wenn es hier auch nicht möglich ist, die Frage der ordnungspolitischen Gestaltung der intra- und interkollektiven Beziehungen eingehend zu erörtern, so ist es doch notwendig, im Hinblick auf weiter unten anzustellende Überlegungen sich einige Gedanken zu machen über das, was das „*political system*“ überhaupt leisten kann.

Die Grenzen des politischen Systems

Oben hieß es, das „*economic system*“ sei nur in der Lage, jene Werte zu berücksichtigen, an denen sich individuelle Eigentumsrechte formulieren und durchsetzen lassen und die in Geldeinheiten ausgedrückt werden können. In Analogie hierzu ist zu fragen, ob auch ein ähnlich beschränkter Funktionsspielraum für das „*political system*“ existiert. Die Frage ist positiv zu beantworten. In der Tat: Weil das politische System, d. h. jedes Kollektiv, seinen Sinn und Zweck darin hat, in konfliktueller Auseinandersetzung kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen, also autoritativ die Distribution knapper Werte vorzunehmen, kann das Ergebnis der kollektiven Willensfindung nichts anderes als Machtverhältnisse widerspiegeln. In die Kollektiventscheidung gehen die einzelnen konfligierenden Ziel- und Wertvorstellungen, die möglicherweise divergierenden Wirklichkeitsdeutungen der einzelnen Kollektivmitglieder mit dem Gewicht ein, das den relativen Machtpositionen der einzelnen Mitglieder entspricht. *Sinn und Zweck des politischen Systems ist es, Machtverhältnisse festzustellen und diesen Machtverhältnissen entsprechend einen Kollektiventscheid hervorzubringen.* Es ist nicht der Sinn und Zweck des politischen Systems, das ethisch Gute oder das ästhetisch Wertvolle zu definieren oder zu finden. Bestenfalls kann in einem Kollektiv, etwa in einem Staat, ein anderweitig als gut oder schön Definiertes zur Anwendung gebracht werden. Dann handelt es sich aber um mit den Mitteln der Macht in einem

¹⁰⁾ Vgl. G. Kirsch, Föderalismus — Die Wahl zwischen intra-kollektiver Konsenssuche und interkollektiver Auseinandersetzung, in: W. Dreißig (Hrsg.), Finanzausgleich I, Berlin 1978, S. 9 ff.

Machtkampf durchgesetzte ethische oder ästhetische Ansichten und um deren Anwendung in einer konkreten Situation, nicht aber handelt es sich um die Herausarbeitung, das Finden oder gar Erfinden von ethischen oder ästhetischen Werten. Das gleiche läßt sich ohne weiteres für die Produktion wissenschaftlicher Forschungsergebnisse sagen: Der Staat mag diese nützen, ja er mag sogar durch die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln diese ermöglichen; eines jedoch kann er nicht: Über die wissenschaftliche Qualität, die wissenschaftliche Bedeutung und die Richtigkeit dieser Ergebnisse befinden¹¹⁾. Wo er es dennoch versucht hat, etwa im Falle *Lyssenko* unter Stalin, waren die Folgen katastrophal. Dies bedeutet, wie gesagt, nicht, daß wissenschaftliche Ergebnisse, Sätze der Ethik und ästhetische Werte ihren Weg nicht in das politische System finden können, doch tun sie dies nur, indem einzelne oder Gruppen von einzelnen sie sich zu eigen machen und mit mehr oder weniger großem Erfolg in das Machtspiel einbringen.

Diese Sicht der Politik muß abschreckend, sie muß zynisch wirken, während sie doch nur realistisch ist. Politikern fällt es gemeinhin — besonders wenn sie glauben, sich Offenheit leisten zu können — nicht schwer, dem zuzustimmen. Anders bei einfachen Bürgern, die wohl gerne im Interesse des eigenen psychischen Gleichgewichts an der Vorstellung guter und schöngeistiger Überväter festhalten.

Wenn nun aber das politische System nicht in der Lage ist, auf anderes als auf Machtkategorien zu reagieren, dann können Kollektive, also auch der Staat, nicht die alleinige Antwort auf das Versagen des ökonomischen Systems bei der Absicherung einer friedvollen Gesellschaft freier Menschen in einer geizigen Welt sein. Dies wäre nur dann der Fall, wenn alle Werte, die den Menschen etwas bedeuten und über die sie miteinander in Konflikt geraten können, entweder marktgängige Güter oder aber solcher Art wären, daß nur das machtbedingte Ergebnis einer konfliktuellen Auseinandersetzung in Form eines Kollektiventscheidendes die Konflikte beenden könnte. Wir könnten uns in diesem Fall damit

¹¹⁾ Ein altes Thema der gesellschaftspolitischen Diskussion kreist um die Tatsache, daß der Staat gleichzeitig der letzte Garant und eine ernste Gefahr für die Autonomie der übrigen Sozialsysteme ist. So gibt es nicht einfach die Freiheit der Wissenschaft vom Staat, sondern die Freiheit der Wissenschaft im Staat durch den Staat.

begnügen, neben ein in seiner Funktionstüchtigkeit begrenztes ökonomisches System ein gleichfalls begrenztes politisches System zu setzen, um sicher sein zu können, daß beide *zusammen* das gesamte Feld der zwischenmenschlichen Differenzen über das Was und das Wie, über die Ziele und Wirklichkeitsdeutungen abdecken. Die Umsetzung der menschlichen Leidenschaften in ökonomische Interessen, also die Reduzierung des Menschen zu einem *homo oeconomicus*, müßte nur soweit rückgängig gemacht werden, daß neben den *homo oeconomicus* der *homo politicus* tritt.

Und es ist gerade diese Art der Lösung, die gegenwärtig immer wieder vorgeschlagen wird: Wenn der Markt versagt, so muß der Staat her. Wenn externe Effekte als soziale Kosten in einem defizienten Markt einigen erlauben, andere zu den unfreiwilligen Trägern von Kosten zu machen, sie also zu instrumentalisieren, wenn also die Freiheit der einen wenigstens zum Teil in das Belieben der anderen gestellt ist, dann muß der Staat nach dem Rechten sehen, dann ist die Zeit gekommen, zu kollektivieren. Was im Marktwettbewerb nicht bereinigt werden kann, muß in Kollektiventscheidungen ausgetragen werden.

Die Wissenschaftsrepublik

Diese Art von Lösungsvorschlag ist in dem Maße zweckmäßig, wie die im Markt nicht zu bereinigenden Differenzen und Divergenzen nur durch einen geregelten politischen Machtkampf aus der Welt geschafft werden können. Es gibt nun eine ganze Menge solcher Unterschiede; insofern wird das politische System völlig zu Recht neben das ökonomische System gestellt. Nur: In dem Maße, wie es noch andere Unterschiede gibt, muß neben diesen beiden Systemen nach anderen gesucht werden¹²⁾. Daß es solche Möglichkeiten gibt, wird ohne weiteres klar, wenn man sich folgende Problembeispiele vor Augen hält:

Zwei konkurrierende wissenschaftliche Theorien werden von zwei Forschern vertreten. Beide schließen sich aus. Unbegrenzt lassen sich beide wegen der knappen Mittel, Kapazitäten, Zeit und dergl. nicht parallel nebeneinander verfolgen. Welche ist fallenzulassen, welche weiterzuverfolgen? Die Antwort auf diese Frage kann sicher nicht dadurch erfol-

¹²⁾ Vgl. N. W. Storer, *The Social System of Science*, Chicago, San Francisco, London 1966.

gen, daß man den Streitfall — in einer Demokratie — vor das Volk zur Abstimmung bringt oder aber — in einer Diktatur — den Number One entscheiden läßt. Wenn dies auch immer wieder versucht worden ist, so zeigen doch die Ergebnisse dieser Versuche, daß es so nicht geht. Wie aber geht es dann?

Den Weg zur Beantwortung dieser Frage finden wir, wenn wir berücksichtigen, daß die wissenschaftliche Qualität eines Forschungsergebnisses wohl nicht in Geldwerten meßbar, also nicht marktgängig ist, daß aber an Forschungsergebnissen von ihren Autoren Eigentumsrechte angemeldet und durchgesetzt werden können. Wer diese Ergebnisse in seinen eigenen Arbeiten nutzen will, darf sich — unter Strafe des Vorwurfs, ein Plagiator zu sein —, nicht als deren Urheber ausgeben; vielmehr muß er in Form des zitierten Hinweises an den tatsächlichen Autor seinen Tribut zollen und so zu dessen wissenschaftlichem Prestige beitragen. Wir haben hier also einen — dem Preismechanismus auf dem Markt analogen — Vorgang, der bewirkt, daß, was wertvoll ist, nicht von dem Durchsetzungsvermögen dessen abhängt, der es produziert hat, sondern von der Bereitschaft der übrigen „Spielteilnehmer“, es als wertvoll anzusehen und anzunehmen. So gesehen ist *die wissenschaftliche Wahrheit das Ergebnis einer sozialen Konventionsbildung, genauso wie der Preis eines Gutes auf dem Markt nicht abhängt von dessen intrinsischem Wert oder der Meinung seines Herstellers, sondern das Ergebnis einer gesellschaftlichen Konventionsbildung über den Wert dieses Gutes ist. In beiden Fällen bestimmt die soziale Übereinkunft den Wert (des Gutes bzw. des wissenschaftlichen Ergebnisses), nicht aber bestimmt der anderweitig definierte Wert die soziale Konvention.* Wird dies — wie im schon erwähnten Fall Lyssenko — doch versucht, so stört dieser Eingriff mehr oder weniger tiefgreifend die Konventionsbildung — mit den hinlänglich bekannten nachteiligen Folgen.

Wenn zwischen den Gesellschaftsmitgliedern *Differenzen bei der Wahrheitssuche* bestehen, kann der Staat als Kollektiv nichts zur Auflösung dieser Differenzen beitragen. Der Markt seinerseits kommt — wegen des nichtmonetären Charakters der Forschungsergebnisse — als Koordinationsmechanismus divergierender Ansichten auch nicht in Frage. Es ist also verständlich, daß neben dem „economic system“ und dem „political system“ das „system of

science“ unterschieden wird: Die Wissenschaftsrepublik.

Ein anderes Beispiel: Konkurrierende ethische oder ästhetische Vorstellungen stehen einander gegenüber. Auch hier scheidet der Staat, wie übrigens jedes Kollektiv, als Schiedsrichter aus. Mischt er sich dennoch ein, so erstarrt die Suche nach dem Guten zum rituellen Absingen immer leerer und toter werdender Formeln und entartet in Scheinheiligkeit und Heuchelei; das Bemühen um Schönheit seinerseits erstirbt, es bleibt ein Akademismus, der auch dann leblos ist, wenn tapferere Traktorenfahrerinnen vor wogenden Kornfeldern der Sonne und dem Licht entgegentuckern. Was gut und was schön ist, kann nicht als Ergebnis eines Machtkampfes, eines Kollektiventscheidens, festgelegt werden. Es braucht es auch nicht: Auch hier — wie für marktfähige Güter und wissenschaftliche Ergebnisse — ist es für den einzelnen möglich, Eigentumsrechte an den von ihm erarbeiteten moralischen oder ästhetischen Vorstellungen anzumelden. Auch hier kann ein einzelner sich jene Vorstellungen auswählen, die ihm am meisten behagen — selbst dann, wenn er mit dieser seiner Wahl allein steht. Es ist dies der Kern der Gedanken- und Gewissensfreiheit¹³⁾.

Die Systemtheorie spricht hier von einem eigenständigen und abgegrenzten „religious system“. Daß Kirchen nicht selten kollektivverbindlich vorstellen, was zu glauben, insbesondere, was unter gut und böse zu verstehen sei, spricht nicht gegen, sondern für diese Unterscheidung: Vom „religious system“ wechseln sie nicht selten über zum „political system“.

Schließlich: Neben den konfligierenden ökonomischen Interessen, („economic system“), neben dem Kampf um Machtpositionen („political system“), neben dem Streben nach wissenschaftlicher Wahrheit („system of science“), neben der Suche nach ethischen und ästhetischen Werten („religious system“) gibt es den weiten Bereich jener — auch konfliktträchtigen — menschlichen Begegnungen, die keinen anderen Sinn haben als eben die liebevolle oder haßerfüllte Begegnung mit dem anderen. Die Systemtheorie spricht vom „family system“, was insofern irreführend ist, als hiermit keineswegs nur die von Kirche und/oder Standesamt geschlossene Ehegemeinschaft plus Kinder gemeint ist. Hier wird Liebe mit Liebe honoriert, nicht aber mit Geld (das heißt dann anders). Hier

¹³⁾ Vgl. J. St. Mill, *On Liberty*, Oxford University Press, London 1963.

wird auch nicht durch Kollektiventscheid das Ausleben von Gefühlen dekretiert; und wo es doch geschieht, ist es um die Zukunft der echten menschlichen Begegnung schlecht bestellt.

Die Beispiele zeigen: Das Wahre zu erkennen, das Gute und Schöne zu erfinden, den Mitmenschen unmittelbar in Liebe oder Abneigung zu begegnen, sind auch menschliche Leidenschaften, die sich allerdings nicht auf ökonomische Interessen zurückführen lassen. Auch sind es Leidenschaften, die sich nur in individueller Freiheit ausleben lassen, nicht aber in Kollektiven, und seien diese noch so demokratisch. Erst dann, wenn der Nachweis gelungen ist, daß wegen fehlender Möglichkeit zur individuellen Aneignung der umkämpften Werte oder wegen anderweitiger Funktionsstörungen der übrigen vier Interaktionssysteme nur mehr die Möglichkeit der Kraftprobe im politischen Entscheidungsprozeß bleibt, ist diese zulässig.

Es wäre demnach nur sinnvoll, wenn ein Versagen des Marktes nicht schon automatisch zur Verstaatlichung auffordert, sondern an erster Stelle eine auf die Erhaltung und Ausweitung der Funktionstüchtigkeit des Marktes abstellende Wettbewerbspolitik steht. Einer derart auf den wettbewerblichen Markt bezogenen Ordnungspolitik entsprechend ist *auch eine Ordnungspolitik für die übrigen Sozialsysteme zu fordern*, die deren Funktionsfähigkeit sicherstellen, also gewährleisten soll, daß nicht innerhalb dieser Systeme selbst Machtpositionen aufgebaut werden, die es einzelnen erlauben, andere Systemteilnehmer zu instrumentalisieren; Machtpositionen, die von den systeminternen Selbstheilungskräften nicht aufgelöst werden können¹⁴⁾. Es wäre im einzelnen zu prüfen, ob wir nicht — und dies nicht nur in der Bundesrepublik — eine ganze Menge von kontroversen Themen zur Entscheidung dem Staat zugewiesen haben, ohne daß hierfür der Beweislast Genüge getan worden wäre.

¹⁴⁾ Es hat den Anschein, als ob die Selbstheilungskräfte des Wirtschaftssystems, die die Frühliberalen implizit unterstellten, geringer sind als jene, die etwa dem Wissenschaftssystem eigen sind. Eine Erklärung hierfür mag darin bestehen, daß wissenschaftliche Ideen und Positionen gemeinhin an das biologische Leben ihres Autors und bestenfalls seiner Schüler gebunden sind, daß aber Großunternehmen das Leben des einzelnen Vorstandsmitgliedes überdauern. Es wäre eine in gleichem Maße reizvolle wie nützliche Arbeit, die Selbstheilungskräfte in den einzelnen Sozialsystemen vergleichend zu untersuchen.

Sollte dies der Fall sein, dann wäre dies zum einen für die Liberalität unserer Gesellschaft, d. h. für die Freiheit des einzelnen höchst verhängnisvoll; es wäre aber auch eine auf die Dauer für den Staat selbst und sein Funktionieren gefährliche Überforderung. *Ein Staat, der sagt, was gut und schön, richtig und wahr ist, ein Staat, der vorgibt, ein Hort menschlicher Wärme zu sein, kann nur repressiv für seine Bürger, lähmend für eine lebendige Entwicklung, lächerlich und hassenswert für den Außenstehenden sein* ¹⁵⁾.

Die Teilnahme an Sozialsystemen

Nun reicht es nicht, zu fragen, ob das wirtschaftliche und/oder das politische System genügen, die Fülle der menschlichen Leidenschaften im gesellschaftlichen Raum aufzufangen. Sicher, die Feststellung, daß dies nicht der Fall ist, stellt bereits einen Fortschritt dar gegenüber der gängigen, schon *in der Fragestellung bornierten* Diskussion, ob eine *Marktwirtschaft* oder aber eine *Staatswirtschaft* als *gesellschaftliche* Ordnungsform vorzuziehen sei. Selbstverständlich braucht es den Markt und den Staat, und — wie sich oben gezeigt hat — braucht es noch mehr: Nötig ist auch die Einrichtung und Erhaltung von Sozialsystemen, in denen das Gute erfunden, das Schöne erdacht und das Wahre entdeckt wird; nötig sind auch soziale Räume, in denen zwischenmenschliche Liebe und Abweisung unmittelbar ausgelebt werden können.

Aber auch, wenn dies alles akzeptiert ist, bleibt die Frage nach der *Teilnahme* der einzelnen Gesellschaftsmitglieder an den so postulierten sozialen Systemen. Was nützen schon verfügbare Sozialsysteme, wenn der Zugang zu ihnen für eine mehr oder weniger große Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern versperrt ist? Was nützt schon die anderweitig nachgewiesene Funktionalität der Existenz dieses oder jenes Sozialsystems, wenn eine mehr oder weniger große Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern gezwungen ist, gegen ihren Willen und gegen ihre Interessen, wie sie sie verstehen, daran teilzunehmen?

Unter Rückbezug auf das Primat der individuellen Freiheit ist deshalb die Forderung auf-

¹⁵⁾ Es wäre wirklichkeitsfremd anzunehmen, daß in praxi die einzelnen Systeme sich nicht über ihre Grenzen hinweg gegenseitig beeinflussen. Diese „Grenzübergänge“ sind die Voraussetzung etwa für eine staatliche Forschungspolitik. Nur sollte klar sein, daß jede dieser Durchlässigkeiten auch Gefahrenmomente birgt.

zustellen: *Die Teilnahme an jedem der oben genannten Sozialsysteme muß für jedes einzelne Gesellschaftsmitglied unter den auch für alle übrigen geltenden sozialen Bedingungen möglich sein. Hingegen darf niemand zur Teilnahme an irgendeinem Sozialsystem gezwungen werden*¹⁶⁾. Dieser Freiheit, sich allseits zu engagieren — wie auch der Freiheit, sich allseits zu versagen —, entspricht allerdings beim einzelnen die Verpflichtung, alle Folgen — die positiven und die negativen — seines Engagements bzw. seines Sichversagens zu tragen: Er kann sich nicht etwa aus dem Wirtschaftsgeschehen weitgehend zurückziehen und weitreichende Ansprüche an das Sozialprodukt stellen.

Was die Teilnahmemöglichkeit der einzelnen Gesellschaftsmitglieder an den Sozialsystemen angeht, so ist festzustellen, daß wir von der Realisierung der aufgestellten Forderung recht weit entfernt sind. Ein Blick in die Realität genügt, um festzustellen, daß die Teilnahmemöglichkeiten für die einzelnen Individuen sehr ungleich verteilt sind. Es wäre nicht unzweckmäßig, neben die gängige Sozialschichtung nach Einkommen und Vermögen eine solche zu stellen, die nach den Teilnahmemöglichkeiten der einzelnen an sozialen Interaktionssystemen aufgebaut ist, wobei mit der steigenden Zahl dieser Möglichkeiten auch die soziale Position höher wäre. Die Franzosen haben eine böse treffende Wortfolge, um die unterprivilegierte Situation jener zu kennzeichnen, deren Leben sich zwischen einem vielleicht ungeliebten Arbeitsplatz und einem vornehmlich als Schlafstätte benützten Zuhause abspielt: „Dodo-Métro-boulot“, d. h. „Pennen, U-Bahn, Malochen“.

Es geht hier nicht darum, den möglichen Anteil an Übertreibung und Verallgemeinerung, den eine solche Faustformel sicher enthält, zu betonen. Vielmehr ist es darum zu tun, auf den — auch anderweitig längst diagnostizierten — Sachverhalt des ungleichen und für eine bestimmte Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern eben recht beschränkten Zugangs zu den einzelnen Sozialsystemen aufmerksam zu machen. Der Tatbestand ist für die Liberalität der Gesellschaft von entscheidender Be-

deutung. Auch dann, wenn offene, gar gesetzlich sanktionierte Diskriminierung hier kaum vorkommt, so weist doch die Praxis diese oder jene Hindernisse auf, die einzelnen den Zutritt zu diesem oder jenem Interaktionspiel verwehren oder doch erschweren und seine Erfolgchancen mindern.

Die Gründe oder auch verschiedene Erscheinungsformen dieser Hemmnisse lassen sich allgemein verhältnismäßig leicht identifizieren, wenn auch ihr Nachweis im Einzelfall schwierig sein mag. Einige Hinweise hierzu: Da ist einmal der *Konflikt zwischen der Partizipation an verschiedenen Systemen*. Beispiele wären, daß die Mitgliedschaft in einer Kirche den Zugang zur Hochschule unmöglich macht; daß die Teilnahme am Wirtschaftsleben oder auch an der Politik auch beim besten Willen ein befriedigendes Familienleben unmöglich macht, daß — umgekehrt — Familienmütter, wollen sie ihr Zuhause nicht gefährden, etwa wegen des Mangels an Halbtagsstellen nicht am Berufsleben teilnehmen können; daß, wer als Hochschul-lehrer an der Politik teilnimmt, seine Position im Wissenschaftssystem in Gefahr bringt. Die Beispiele ließen sich vermehren. Mit ihnen soll nicht ausgesagt werden, daß hier und heute der einzelne wegen der Unvereinbarkeit der Partizipation an verschiedenen Systemen nur auf Unmöglichkeiten stößt. Es sollte jedoch klar werden, daß jeder Abbau solcher Unvereinbarkeiten ein Schritt hin auf eine liberale Gesellschaft ist. Es sollte auch klar sein, daß andere Gesellschaften — etwa die der Vereinigten Staaten — unter diesem Aspekt freiheitlicher sind als die unsere. Allerdings ist fanatischer Perfektionismus hier völlig unangebracht: Die Konflikte zwischen der Teilnahme an verschiedenen Sozialsystemen sind oft nicht der Ausdruck schuldvollen Privilegiendenkens, sondern knapper Mittel. In dem Maße allerdings, wie letzteres nicht der Fall ist, ist um der Liberalität willen auf Abhilfe zu sinnen.

Eine zweite Ursache mag erklären, warum der Zugang zu diesem oder jenem Sozialsystem verstellt ist. Es mag nämlich sein, daß die Teilnahme an einem System erst möglich ist, wenn man erfolgreich an einem anderen partizipiert hat. Zum Beispiel: Man muß sich durch politische Aktivität ausgezeichnet haben, um einen Studienplatz zu bekommen. Näher bei uns: Man muß mit Erfolg am

¹⁶⁾ Dieser im doppelten Sinne freie Zugang zu den einzelnen Sozialsystemen entspricht seiner Substanz nach dem altehrwürdigen Ideal der „*buna vita*“.

Marktspiel teilgenommen haben, um selbst oder für seine Kinder mit einiger Wahrscheinlichkeit den Weg zur Universität, ins Theater oder auch in die politische Diskussionsrunde zu finden. Nach dem weiter oben Gesagten ist es nicht verwunderlich, daß es gerade der Erfolg im „economic system“ ist, der die Möglichkeit des Zugangs zu anderen Sozialsystemen beeinflußt. *Die Dominanz des Wirtschaftssystems* gegenüber den übrigen Systemen in einer sich selbst so definierenden Wirtschaftsgesellschaft ist m. E. ein gravierender Hemmschuh auf dem Weg zu einer Liberalisierung der Gesellschaft.

Ein letzter Punkt: Die oben angesprochene Rückführung der menschlichen Leidenschaften auf ökonomische Interessen und die damit verbundene Reduzierung der Menschen zu Wirtschaftssubjekten haben zu der Dominanz des wirtschaftlichen Systems gegenüber den anderen Sozialsystemen geführt.

Je nötiger der wirtschaftliche Erfolg ist, um an Kultur und Politik teilzunehmen, desto weniger kommt der einzelne dazu, sich überhaupt um Kultur und Politik zu kümmern; er jagt hinter dem wirtschaftlichen Erfolg her. Dies bedeutet: Der einzelne tendiert dazu, in Leistung und Anspruch nur Wirtschaftssubjekt zu sein. Da er den wirtschaftlichen Erfolg braucht, muß er seine ganze Energie darauf verwenden, marktgängige Werte zu produzieren, im Extrem sich selbst — nicht diese oder jene seiner Fähigkeiten, diese oder jene seiner Leistungen oder nur einen Teil seiner Zeit — zu vermarkten. *Er macht sich selbst zum marktgängigen Gut*: Ich bin ein 100 000-DM-Mann. Umgekehrt kann er im Austausch gegen seine eigenen marktfähigen Leistungen nur marktfähige Gegenleistungen erhalten: Er wird durch und durch zum Käufer. Er wird — mangels Übung und Erfahrung — unfähig, andere Bedürfnisse als solche zu haben, deren Befriedigung gegen Geld zu haben ist. Seine Bedürftigkeit drückt sich nur noch in der Nachfrage nach marktgängigen Gütern aus. Hat er kein Geld, so ist er nicht nur wirtschaftlich arm, sondern auch unglücklich¹⁷⁾.

¹⁷⁾ In dem Maße, wie die Umformulierung menschlicher Leidenschaften in ökonomische Interessen nur unvollkommen gelingt, andere Lebensmöglichkeiten aber versperrt sind, ist die neurotische Fixierung auf die Produktion oder auf den Konsum marktgängiger Werte kaum zu ver-

Diese hier sicher in grober Verallgemeinerung vorgetragene These ist in vielen der Differenzierung bedürftig, dürfte aber im Kern richtig sein; jedenfalls ist sie angesichts vieler pathologischer Erscheinungen der Gegenwart als Erklärung plausibel.

Ist sie aber richtig, dann kann man sich kaum dem Schluß entziehen, daß die *Ökonomisierung der Leidenschaften* kurzfristig ein Segen, langfristig aber ein nicht ungefährliches Procedere ist. In der Tat: *Sie trug — wie wir oben sahen — entscheidend dazu bei, das Problem des friedvollen Zusammenlebens freier Menschen in einer geizigen Welt zu entschärfen und die Voraussetzung für die rapide Erkundung und Nutzung der bis dahin unerschlossenen Ressourcen der Welt zu schaffen. Jetzt aber, wo die unerschlossenen Reserven, wie es scheint, zu Ende gehen, insbesondere die Umwelt Mühe hat, die mit der weiteren Erschließung einhergehenden Folgen zu verkraften, ist eine weitere einseitige Fixierung der Energien und Interessen auf materielle Ressourcen erschließende und verschlingende Leistungen eher ein Fluch denn ein Segen.*

Daß die marktgängigen Werte insgesamt ressourcenintensiver und umweltbelastender sind als etwa die des Wissenschafts-, des religiösen oder des Familiensystems, war ehemals ein Vorteil, jetzt aber kann dies nur als Nachteil angesehen werden. Kurz: *Hier wird plädiert für eine wenigstens partielle Aufhebung der Ökonomisierung des Menschen, der Dominanz des Wirtschaftssystems, für die Öffnung der übrigen Sozialsysteme für eine*

meiden. In diesem Kontext ist auf die Figur des neurotischen Arbeiters, etwa des nur an seinem Schreibtisch nicht unglücklichen Managers, hinzuweisen. Solche Figuren sind es, die am Ende ihres Arbeitslebens oder auch an der Erfahrung der Arbeitslosigkeit zerbrechen. Eine andere hier zu nennende Figur ist der neurotische Konsument, der — vielleicht, weil seine Arbeitssituation zu wenig hergibt — seine Entfaltungswünsche im zwanghaften Verbrauch marktgängiger Güter und Dienstleistungen auslebt. Es ist kein Zufall, daß dann, wenn wirtschaftliche Engpässe diesen Ausweg versperren, die Situation als totale Katastrophe, als Verlust jedweden Lebenszwecks erlebt wird. Das Verlangen wird zur (Arbeits- oder Konsum-)Gier, weil die Objekte, auf die es sich bezieht, gemessen an den Leidenschaften unadäquat sind. Frederick Pohl hat in einer inzwischen klassischen Science-Fiction-Erzählung: *The Midas Plague*, den Alptraum einer Gesellschaft geschildert, in der die Mitglieder konsumieren müssen.

größere Zahl von Gesellschaftsmitgliedern, für die Wiederentdeckung nichtökonomischer Werte.

Dies hat mit schöngestiger Schwärmerei nichts zu tun. Es ist evident, daß eine Teilumleitung der menschlichen Interessen und Energien von marktgängigen Werten auf Kosten von deren weiterer Vermehrung geht. Aber eben dies würde in Übereinstimmung mit der gewandelten Lage stehen. Und: Gelingt diese Umleitung nicht, dann werden an den Grenzen der Welt und ihrer Möglichkeiten unsere Ansprüche zurückgewiesen, ohne daß wir gelernt hätten, innerhalb dieser Grenzen frei zu sein. *Wir werden den Kampf gegen die Knappheit verloren haben und in unserem Ringen um die Freiheit unterlegen sein. Wir werden die Knappheit verwalten und ihre schlimmsten Folgen durch Reglementierungen, also durch Zwang, aufzufangen haben.*

Der Rückzug aus Sozialsystemen

Diese Überlegungen leiten über zu dem zweiten Teil der oben aufgestellten Forderung, nämlich daß der einzelne die Möglichkeit haben muß, an diesem oder jenem Interaktionssystem *nicht* teilzunehmen. Dabei mag es sich um dauerndes oder auch nur um ein zeitlich begrenztes Sichversagen handeln. Wichtig ist, daß der einzelne nicht gezwungen werden soll, an allen oder auch an diesem oder jenem bestimmten System zu partizipieren. Dies alles unter der Voraussetzung, daß er bereit ist, die sich aus diesem Rückzug ergebenden Folgen selbst zu tragen.

Wie schon oben ausgeführt wurde, ist es gegenwärtig primär das Wirtschaftssystem, dem sich kaum jemand — und sei es nur zeitweise — entziehen kann. Halbtagsarbeiten, Sabbatjahre, Zeitarbeit, Arbeitszeitflexibilität sind heute doch wohl eher Schlagworte als für viele erlebbare Realitäten. Doch es gibt keinen Grund, warum nicht jeder die Möglichkeit „zum Hippie auf Zeit“ haben sollte. Dabei geht es nicht darum, daß hinfert alle oder auch nur die meisten sich zurückziehen sollten; es geht nur darum, daß, wer es möchte, dazu auch die Möglichkeit haben sollte. Gerade weil die intensive Teilnahme an den einzelnen Interaktionssystemen sehr hohe Anforderungen an den einzelnen stellt und er

deshalb oft nicht in der Lage sein dürfte, *gleichzeitig* an all jenen Systemen zu partizipieren, an denen er dies möchte, bedingt gerade die Forderung, an allen teilnehmen zu können, auch, daß die Möglichkeit gegeben wird, sich aus einigen gezielt zurückzuziehen. Ob der einzelne von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, ist dann eine andere Sache, nämlich die seine.

Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß diese Freiheit, wie alle wertvollen Dinge, ihren Preis hat. Die Energien, die nicht in die Wirtschaft eingebracht werden, werden mit einiger Wahrscheinlichkeit dort fehlen, obschon nicht einmal so sicher ist, ob dieses Defizit nicht wenigstens zum Teil durch eine erhöhte Motivation ausgeglichen werden kann. Doch selbst wenn mit letzterem nicht zu rechnen ist, wäre ein mögliches Defizit schon dadurch kompensiert, daß die wirtschaftlichen Folgen des Rückzuges aus der Wirtschaft von denen zu tragen sind, die sich für diesen Rückzug entschlossen haben. Darüber hinaus: Der Rückzug aus der Wirtschaft würde ja wohl den einzelnen dazu befähigen, mit größerem Engagement an anderen Systemen teilzunehmen. Es ist wohl nicht unrealistisch, anzunehmen, daß so in diesen anderen Systemen jene Leidenschaften ausgelebt werden könnten, für die der Kauf eines zweiten Farbfernsehers nur ein schwacher Ersatz ist.

Auch ist es ja keineswegs so, daß gegenwärtig, wo die Möglichkeiten des geordneten Rückzuges aus diesem oder jenem Sozialsystem, insbesondere aus der Wirtschaft, nur in beschränktem Ausmaß bestehen, das Bedürfnis nach solchem Sichversagen nicht existiert und immer wieder von einzelnen Versuche unternommen werden, es zu befriedigen. Diese Versuche verlaufen in der Regel nicht sehr glücklich. Zum einen wird der Rückzug, weil ungeregelt, als unordentlich, als Herausforderung und Bedrohung von der sozialen Umwelt erlebt. Sehr schnell wird so, was als vielleicht zeitlich begrenzter Auszug angelegt war, über ein soziales Spiel von Etikettierung und Anpassung zum Abdriften in die völlige *Asozialität*. Man vergegenwärtige sich den Unterschied: Ein Professor, der seine Sabbatsemester dazu benutzt, nach den Vereinigten Staaten zu gehen und dort — entgegen aller Absicht, endlich die neuesten Forschungsergebnisse drüben vor Ort zu studieren —, in

den Nationalparks Wanderungen macht, ist und bleibt ein respektabler Mann. Ein Lehrling, der sich zu einem Trip in die Indianerreservate aufmacht und seine Ausbildung unterbricht, ist ein verdächtiges Subjekt. Der Professor wird bei seiner Rückkehr seinen Lehrstuhl wiederfinden, der Lehrling im Zweifel aber keine Lehrstelle.

Es besteht der Verdacht, daß ein Großteil der unliebsamen Erfahrungen, die mit dem „Ausflippen“ gegenwärtig auf allen Seiten gemacht werden, darauf zurückzuführen ist, daß es hierfür keine akzeptierten Formen gibt. Das war nicht immer so und ist auch gegenwärtig nicht überall so. Das Mittelalter kannte Vaganten, fahrende Scholaren, bis ins 19. Jahrhundert gab es wandernde Handwerksburschen, in Asien gibt es den zeitweiligen Rückzug ins Mönchsleben; dies alles sind Formen des „Ausflippens“ aus dem Wirtschaftsleben, die wir wohl hier und heute nicht ohne weiteres übernehmen können, die aber doch zeigen, daß es möglich war bzw. ist, solche mit Erfolg zu suchen. Es würde uns wohl auch leichter fallen, sie zu finden, wenn wir uns mit dem Gedanken anfreunden könnten, daß *die Nichtteilnahme am Wirtschaftssystem nicht unbedingt ein Makel ist. Wenn alle Welt vom Recht auf Arbeit spricht, dann ist es dringend nötig, vom Recht auf das altrömische Otium, vom Rückzug von den Wirtschaftsgeschäften zu sprechen. Wer nichts Wirtschaftliches tut, ist nicht unbedingt ein Tunichtgut.*

Die Wiederentdeckung der menschlichen Leidenschaften

Die nunmehr im Zeichen der Arbeitslosigkeit stiller gewordene, aber wohl immer noch latent vorhandene *Kritik an der Leistungsgesellschaft* zielt denn auch weniger auf eine totale Leistungsverweigerung ab. Vielmehr zeigt sie das Unbehagen an einer Gesellschaft, in der für viele die Teilnahme an einem Sozialsystem, dem der Wirtschaft, ein Zwang ist, und dieses System nicht selten das einzige ist, an dem sie überhaupt teilnehmen können. Der Protest richtet sich nicht gegen Leistung an sich, sondern dagegen, daß nur eine bestimmte Art der Werterstellung, eben die wirtschaftliche, als Leistung honoriert wird. Es ist dann unausweichlich, daß die gesamte Gesellschaft als Leistungsgesellschaft abgelehnt wird, wenn diese Gesellschaft als Wirtschaftsgesellschaft kaum andere als wirtschaftliche Leistungen honoriert.

Die einseitige Fixierung auf ökonomische Interessen, also die weitgehende Vernachlässigung der anderen Leidenschaften, hat eine weitere, auf die Dauer nicht ungefährliche Konsequenz: Wer nur an einem Spiel, etwa dem Wirtschaftsspiel teilnimmt, ist darauf angewiesen, hier zu gewinnen. Verliert er, so ist er — mangels des Zuganges zu kompensatorischen Spielen — auf der ganzen Linie ein Verlierer. Mit anderen Worten: Der Verzicht auf die im Wirtschaftsspiel für die Gewinner ausgesetzten Belohnungen fällt dem einzelnen übermäßig schwer. Dies ist dann kaum von Belang, wenn in einer wachsenden Wirtschaft praktisch alle — wenigstens im Vergleich zum Vorjahr, wenn auch nicht zu ihren Mitspielern — zu den Gewinnern gehören. Jetzt aber, wo konjunkturelle Einbrüche dieses herrliche Arrangement zerstören könnten und langfristig eine stagnierende Wirtschaft nicht ausgeschlossen werden kann bzw. darf, stellt sich das Problem des Verzichtkönnens in neuer Schärfe.

Andererseits aber vermöchte eine Ausweitung der obigen Freiheit, an Sozialsystemen teilnehmen oder sich auch aus ihnen zurückziehen zu können, eben jene Vielfalt von Gewinnmöglichkeiten eröffnen, die es erlauben, leichter einen bestimmten Verlust zu verschmerzen. Die Förderung der Bedürfnisfähigkeit des einzelnen muß ergänzt werden durch die Förderung seiner Verzichtfähigkeit¹⁸⁾. Aber gerade die Steigerung der Bedürfnisfähigkeit sollte die Erhöhung der Verzichtfähigkeit erleichtern.

Das Plädoyer läuft letzten Endes darauf hinaus, die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Mensch den Zugang zu den eigenen Leidenschaften wieder findet und so in seiner Ganzheit den Mitmenschen und der dinglichen Welt begegnen kann; daß er dann, wenn sich die Menschen und die Dinge ihm versagen, den Verzicht ertragen kann.

Alles gebrauchen können, nichts brauchen — dies ist wohl die Überlebensdevise in einer Welt, ohne deren Reichtum wir nicht leben können und deren Armut uns bedrängt.

¹⁸⁾ Es ist eigens darauf hinzuweisen, daß die Forderung nach *Verzichtfähigkeit* nicht gleichzusetzen ist mit der dubiosen Aufforderung an andere, zu verzichten. Jenes dient der Freiheit, dieses nicht selten der Täuschung.

*Für jede menschliche Ansprache offen sein und jeder unhaltbaren Zumutung ausweichen können, ist die Devise in einer Gesellschaft von Menschen, die gleichzeitig aufeinander angewiesen sind wie auch miteinander in Konflikt stehen*¹⁹⁾.

¹⁹⁾ Die Frage ist, ob hier nicht jene Freiheit des Menschen vorausgesetzt wird, die die Ordnung der Gesellschaft ermöglichen soll. Wo soll der

einzelne die Freiheit einüben, die es ihm ermöglichen soll, nicht vor den Freiheiten einer liberalen Gesellschaft zu flüchten? Vor allem auch: Wo soll der einzelne in einer segmentweise unliberalen Gesellschaft die Freiheit lernen, die eine liberale Gesellschaft voraussetzt? Die Antwort auf diese Frage kann wohl am ehesten in der Hoffnung gefunden werden, daß die Nutzung der jeweils vorhandenen sozialen Freiheitsräume den Willen und die Fähigkeit zur weitergehenden Nutzung schafft und so auch den Ausbau dieser Freiheitsräume förderte, München 1976).

Wolfgang J. Mommsen: Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft. Der deutsche Liberalismus von seinen Anfängen bis zur Gegenwart

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/79, S. 3—14

Der Weg des deutschen Liberalismus von der vermeintlich „klassenlosen Bürgergesellschaft“ des Vormärz bis zur pluralistischen Industriegesellschaft unserer Tage war voller Wechselfälle. Das klassische liberale Programm forderte die Freisetzung des Individuums vom Staate und die möglichst umfassende Verwirklichung des Prinzips der Selbstbestimmung des Individuums. Ideales Ziel war dabei die Schaffung einer politischen Ordnung, in der die „Herrschaft des Menschen über den Menschen“ durch die „Verwaltung von Sachen“ ersetzt würde. In der historischen Wirklichkeit der deutschen Staatenwelt wurden alle diese Postulate freilich nur unvollständig und noch dazu mit großen Verzögerungen durchgesetzt — zum Schaden einer effektiven Durchdringung der deutschen Gesellschaft mit liberalen Prinzipien. Es kam hinzu, daß der Liberalismus auf die Probleme des heraufziehenden hochindustriellen Systems ungenügend vorbereitet war. Die klassischen liberalen Ideale verloren nun ihre Eindeutigkeit, und die liberale Bewegung vermochte die aufsteigenden unteren Mittelschichten nicht mehr ohne weiteres politisch zu integrieren. Statt dessen kam es zu einer Dekomposition der liberalen Bewegung in Deutschland; sie degenerierte zu Teilen in eine Bewegung zur Erhaltung des politischen und sozio-ökonomischen Status quo.

Die soziologisch wie ideologisch bedingte Schwäche des Liberalismus der Zwischenkriegszeit kam vor allem dem Nationalsozialismus zugute, der es verstanden hatte, insbesondere die traditionelle Wählerschaft der liberalen Parteien anzusprechen. Die deutsche Demokratie nach 1945 konnte dennoch in entscheidendem Maße auf liberale Ideen zurückgreifen, namentlich in Form der neoliberalen Lehre, der einzigen in der Wiederaufbauphase wirklich kraftvollen Ideologie, die der sozialistischen Lehre entgegengestellt werden konnte. Doch kam dies dem parteipolitischen Liberalismus nur teilweise zugute. Dieser schob vielmehr die Auseinandersetzung über die Grundfragen liberaler Politik lange vor sich her. Erst seit den sechziger Jahren gelang es der F.D.P. wieder ein klares politisches Profil zu finden. Die Grundfragen liberaler Politik werden angesichts der sich rasch wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse auch weiterhin umkämpft bleiben; das Ziel aber: die Offenhaltung der „offenen Gesellschaft“, bleibt davon unberührt.

Guy Kirsch: Radikale Liberalität in einer geizigen Welt. Gedanken zu einer Umorientierung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/79, S. 15—29

Wenn die Menschen friedfertig und frei in einer Welt knapper Mittel zusammenleben sollen, so bedarf es einer bestimmten sozialen Ordnung. Seit nunmehr über zwei Jahrhunderten bemüht sich der Liberalismus um den Entwurf und die Realisierung einer solchen Ordnung. Dies ist gelungen, allerdings nur innerhalb bestimmter Grenzen: Diese haben ihre Ursache in dem vor zweihundert Jahren erfolgten „Sündenfall“: Der Mensch mit seinen Leidenschaften wurde zu einem *homo oeconomicus* umdefiniert, der vornehmlich Wirtschaftsinteressen verfolgt, also außer marktgängigen Werten nichts anstrebt oder anbietet. Gegenüber den kriegerischen Jahrhunderten vorher bedeutete diese „Kanalisation“ menschlicher Leidenschaften und Konkurrenzen ins Nützlich-Zweckhafte hinein durchaus einen Fortschritt. Aber die Forderung nach einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung verkürzte sich nunmehr zu der Frage nach einer liberalen Marktordnung. Die Gesellschaftspolitik erschöpfte sich in der Wirtschaftspolitik.

Heute machen sich die Folgen solcher Reduzierung des Menschlich-Gesellschaftlichen auf das Ökonomische als Unbehagen an und in der Gesellschaft bemerkbar: Die knappen Mittel werden verschleudert, der gesellschaftliche Friede ist gefährdet und die individuelle Freiheit bedroht. Die vorliegende Studie skizziert Wege, wie die Ökonomisierung der menschlichen Leidenschaften und Bedürfnisse in einer durch die Grenzen des Wachstums sowie die Beschränkung der Ressourcen zwangsläufig geiziger werdenden Welt rückgängig gemacht und damit zugleich ein neuer Freiheitsraum gewonnen werden kann.